



Termine Themen Texte

Heft 33 – Dezember 2005



Herausgegeben von der
Akademie für die Ländlichen Räume
Schleswig-Holsteins e.V.

Unsere Titelfotos zeigt eine Knicklandschaft, das unverwechselbare Markenzeichen Schleswig-Holsteins zwischen den Meeren.

Impressum

Herausgeberin:

Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.
Horst Müller (V.i.S.d.P.)

Geschäftsstelle:

Mühlenberg 10, 24340 Eckernförde
Telefon: 0 43 51 - 8 66 66,
Fax: 0 43 51 - 75 25 75,
E-Mail: info@alr-sh.de

Redaktion: Andrea Weigert

Fotos des Titelblattes: Torsten Sommer

Druck: Heider Offsetdruckerei Pingel

Die Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Staatssekretär a.D. Rüdiger v. Plüskow (Vorsitzender)

Helga Klindt, Präsidentin des LandFrauenVerbands

Schleswig-Holstein e.V. (stellvertretende Vorsitzende)

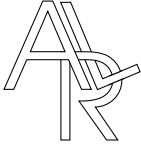
Jörg Bülow, Geschäftsführer des S.-H. Gemeindetages

Jürgen Feddersen, MdL

Propst i.R. Manfred Kamper

Landrat Dr. Jörn Klimant

Bürgermeister a.D. Horst Müller (geschäftsf. Vorstandsmitglied)



Editorial

Liebe Mitglieder unserer Akademie, sehr geehrte Damen und Herren!

Das Jahr 2005 war geprägt von erheblichen politischen Veränderungen. Im Bund wie in SH regieren große Koalitionen. Das sollte für die ländlichen Regionen nur nützlich sein. Die ermutigenden Aussagen des Ministerpräsidenten anlässlich des unter seiner Schirmherrschaft stehenden Kongresses „Die Zukunft der ländlichen Räume in Schleswig-Holstein – Initiative für eine Koalition für den ländlichen Raum“ in Breklum ebenso wie die Zusicherungen des Landwirtschafts- und Innenministeriums unterstreichen diese Bewertung. Der Agrarausschuss des Landtages sagte einmütig mit gleicher Nachdrücklichkeit seine Unterstützung zu. Jetzt wird es darum gehen, diese politischen Willensbekundungen in die Tat umzusetzen, um die in Breklum geschmiedete Koalition für die ländlichen Räume zu verwirklichen. Da ist es ein gutes Signal, dass Parlament und Landesregierung bereit sind, die finanzielle Unterstützung der Arbeit der ALR trotz bestehender Haushaltsprobleme fortzusetzen, um diese Koalition voranzubringen. Dafür sei ihnen gedankt. Die Akademie sieht sich damit als anerkannte Partnerin der Politik bestätigt.

Die ALR wird sich auch dieser Herausforderung stellen. Dabei wird sie

ihre Bemühungen um die erforderliche Zusammenarbeit mit allen für den ländlichen Raum verantwortlichen Institutionen – nicht zuletzt den Landstädten – verstärken. Denn eine Bündelung der Kräfte ist Grundvoraussetzung, um das Verfassungsziel der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland zu erreichen. Der Weg dorthin ist steinig und gerade vor dem Hintergrund der Neuorientierung der Regionalpolitik unsicher.

Die EU wird unter Aufgabe der bisherigen, für die peripheren Regionen erfolgreichen ausgleichsorientierten Förderpolitik dem neuen Grundsatz „Stärken stärken“ folgen. Gleichzeitig läuft der Kompromiss für den Finanzrahmen 2007-2013 auf eine Kürzung der Mittel für ländliche Entwicklung hinaus.

In Berlin scheint sich die Diskussion auf die Beschränkung der Regionalförderung auf städtische Wachstumskerne zu verfestigen.

Die Landesregierung folgt offenkundig dieser Neuorientierung. Sie will in den Mittelpunkt ihrer Förderpolitik die Metropolregion Hamburg mit den südlichen Landesteilen stellen. Dabei räumt sie offen ein, dass damit eine Schwächung der peripheren Räume eintreten kann.

Die zum Nachteilsausgleich angedachten Kooperationsmodelle zwischen Metropolregion und nördlichen Landesteilen werfen mehr Fragen auf als sie Antworten geben.

Insgesamt ist zu besorgen, dass mit der neuen regionalen Förderpolitik für die ländlichen Regionen und ihre Menschen gefährliche Benachteiligungen eintreten können. Dem gilt es durch gemeinsame Anstrengungen geschlossen und schnell zu begegnen. Dabei ist zu hoffen, dass die eingangs erwähnten positiven politischen Aussagen zur Unterstützung der ländlichen Regionen nicht vergessen sind.

Ihre Unterstützung und Mitarbeit – für die ich allen Mitgliedern herzlich danke – ist daher jetzt für die Zukunft besonders wichtig. Diesen Dank verbinde ich wie stets mit der Bitte, für die Akademie zu werben.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich – auch im Namen des Vorstandes – ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes, erfolgreiches Neues Jahr.

Rüdiger von Plüskow
Vorsitzender der ALR

In diesem Heft:

Editorial 6

Termine 12

Themen

Provinzial: Eng verbunden mit Land u



Termine

Wir bitten unsere Vereinsmitglieder um die Mitteilung ihrer Veranstaltungstermine, die die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins betreffen. Für nähere Informationen bzw. Anmeldungen wenden Sie sich bitte direkt an die Veranstalter. Die Adressen finden Sie am Ende dieses Heftes (s. Seite ??).

Januar 2006

Preisverleihung

Verleihung des Preises der Akademie für die Ländlichen Räume 2005

Das genaue Datum entnehmen Sie bitte der Website www.alr-sh.de.

Alle Mitglieder und Bewerber werden postalisch eingeladen.

Lehrgang

ab Januar 06

Modernisierungs-Baumeister

Durch steigende Energiepreise einerseits und sich ändernde gesetzliche Rahmenbedingungen wie EnEV-Novellierung und DIN V 18599 andererseits wird die energieeffiziente Modernisierung von Bestandsgebäuden in den kommenden Jahren zu dem zukunftssträchtigen Arbeitsfeld für Architekten, Ingenieure und Handwerksbetriebe des Baubereichs. Im Januar 2006 startet für diese Berufsgruppen mit dem einjährigen Lehrgang „Modernisierungs-Baumeister“ eine umsetzungsorientierte und gewerkeübergreifende Weiterbildung. Die berufsbegleitende Qualifikation umfasst 120 Unterrichtsstunden und behandelt u. a. folgende Themen: Baubetrieb, technische Gebäudeausrüstung, innovative Technologien, Bilanzierung/Energiepass und Wirtschaftlichkeit.

Veranstalter und Veranstaltungsort: Bremer Impulse c/o Bremer Energie-Konsens, Bremen

**STARK-Preis
2006**

**Ein Wettbewerb für engagierte Jugendteams
Einsendeschluss: 10. Januar 2006**

Die Landesregierung würdigt das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen und jungen Leuten im Alter von 10 bis 27 Jahren mit dem STARK-Preis. Bewerbungsunterlagen an: Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein, Frau Ute Schmidt, Postfach 7122, 24171 Kiel. Weitere Informationen unter www.stark.schleswig-holstein.de

**Agrartagung
11.-14.01.06**

**Europäische Agrarmodelle im Vergleich:
Wie weit ist Europa „entkoppelt“?**

Die EU subventioniert nicht mehr die landwirtschaftlichen Produkte, sondern die Landwirte selbst. Wie das im Einzelnen geschieht, haben die Mitgliedstaaten individuell entschieden. Die Tagung zur Grünen Woche in Berlin untersucht, wie sich die unterschiedlichen nationalen Regelungen auf die Bauern auswirken. Veranstalter und Veranstaltungsort: Akademie Sankelmark in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie Berlin und dem VLF, Berlin

Auftaktveranstaltung

31.01.06

Eröffnungsveranstaltung des Europajahres des DIHK
(Deutscher Industrie- und Handelskammertag)
in Flensburg

Februar 2006

Tagung

09.02.06

**Wirtschaft und Regionalentwicklung in ländlichen
Räumen**

1. Folgeveranstaltung zum Kongress „Die Zukunft der Ländlichen Räume in Schleswig-Holstein“
Veranstalter und Veranstaltungsort: Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. / Christian Jensen Kolleg, Breklum

Ehrenamtmesse

12.02.06 Präsentation des Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. und des EUROPE DIRECT in Breklum
Veranstaltungsort: Städte und Kreise des Landes Schleswig-Holstein
Zentraler Veranstaltungsort für den Kreis Nordfriesland ist das Christian Jensen Kolleg, Breklum

Agrarforum

20.-22.02.06 **Internationales Agrarforum:
Die Landwirtschaft im Finanzierungs-Spagat**
Das 33. Agrarforum erwartet in Husum neben Fachreferenten aus Frankreich, Irland, den Niederlanden und Ungarn Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsminister Christian von Boetticher und die EU-Kommissarin Mariann Fischer Boel
Veranstalter und Veranstaltungsort: Akademie Sankelmark, Internationales Agrarforum in Zusammenarbeit mit dem VLF und der EUROPEA, Husum

Seminar

20.-23.02.06 **Demographischer Wandel – Kinderarmut**
Mit steigender Lebenserwartung der Menschen wächst die Zahl der älteren Mitbürger – dem gegenüber stehen die rückläufigen Geburtenzahlen. Wir sprechen vom demographischen Wandel, der zu einem Umdenken im Rentensystem führen muss, gleichzeitig aber die Förderung von Kindern und ihren Lebensbedingungen erfordert. Die Realität sieht anders aus: immer mehr Kinder leben in Armut, ihre Bildungschancen sinken und damit ihre Zukunftserwartungen. Was wird auf dem Generationenvertrag? Das Seminar will versuchen, den Bogen zwischen den Erwartungen der beteiligten Gruppen und Lösungskonzepten für die Zukunft zu spannen.
Veranstalter und Veranstaltungsort:
Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Malente

Seminar

24.02.06

Corporate Identity und Öffentlichkeitsarbeit

Ziel des eintägigen Seminars ist es, Vereine bei der Entwicklung einer eigenen »Identität« – der Corporate Identity – zu unterstützen. Zunächst werden die wesentlichen Ziele und Aufgaben einer Organisation bestimmt, um auf dieser Grundlage dann die Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln.

Das Seminar gibt einen Überblick über die Methoden der Öffentlichkeitsarbeit. Die Teilnehmer/innen entwickeln einen Plan für ein methodisch strukturiertes Vorgehen in der Öffentlichkeitsarbeit. Dabei geht es auch um die Fragen des »einheitlichen Erscheinungsbildes« einer Organisation.

Veranstalter und Veranstaltungsort: Stiftung MITARBEIT in Kooperation mit der Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland, Berlin

März 2006

Seminar

15.03.06

Dialoge zwischen Naturschutz und Denkmalpflege – Wasser in historischen Anlagen

Veranstalter: Akademie für Natur und Umwelt

Tagung

16.03.06

Kultur und Bildung

2. Folgeveranstaltung zum Kongress „Die Zukunft der ländlichen Räume in Schleswig-Holstein“

Veranstalter und Veranstaltungsort: Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. / Christian Jensen Kolleg, Breklum

April 2006

Seminar

03.-07.04.06 Demokratie und Internet
Über Möglichkeiten der Meinungsbildung bis zum
Informationsfreiheitsgesetz und eGovernment
Veranstalter und Veranstaltungsort:
Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Malente

Mai 2006

Europawoche

05.-14.05.06 Ausstellung und Informationstage des EUROPE DIRECT
– Forum für ländliche Entwicklung Schleswig-Holstein

Einführungsabend

09.05.06 **ETS-Radio: Dorfchronik und Familiengeschichte**
In einem Einführungsabend erläutert Jutta Kürtz,
Mitautorin der Topographie Schleswig-Holstein, zunächst
die Herangehensweise, wie man zu einer Dorfchronik
kommt. In darauf folgenden Workshops soll es an die
praktische Umsetzung gehen.
Ein Teilprojekt „Erzählte Geschichte“ dokumentiert
Erinnerungen älterer Menschen und Familien in den
Gemeinden der Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge, um
das dörfliche Leben und Arbeiten für die nachfolgenden
Generationen zu erhalten. Interviews mit Zeitzeugen
werden aufgezeichnet, bearbeitet und im ETS Radio aus-
gestrahlt. Ergänzt durch Videoclips und Fotos entsteht
daraus eine eigene Dorfchronik.
Veranstalter und Veranstaltungsort: Andreas Guballa,
Offener Kanal Westküste; Jutta Kürtz, Süderstapel

Schleswig-Holstein-Tag

19.-21.05.06 Die beiden EUROPE DIRECT – Informationsstellen in Schleswig-Holstein präsentieren sich gemeinsam mit Ausstellungen und Informationen.
Besuchen Sie uns auf dem Schleswig-Holstein-Tag in Eckernförde!
Veranstalter: Landeskuratorium Schleswig-Holstein-Tag im Auftrag der Landesregierung

Gottorfer Landmarkt

21.05.06 Deutschlands größter ökologischer Markt öffnet wieder in Schleswig seine Pforten.

Wir brauchen Ihre Mitarbeit!

Ein interessantes Mitgliederheft lebt vom Engagement seiner Leserschaft.

Bitte senden Sie uns Berichte, Informationen und Hinweise aus Ihrer Arbeit, die auch anderen Mitgliedern Anregungen geben könnten.

Leserbriefe nehmen wir ebenfalls gern entgegen.
Der Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 20. März 2006.



Themen

An dieser Stelle sollen regelmäßig Nachrichten veröffentlicht werden, die die ländlichen Räume betreffen. Wir bitten unsere Mitglieder der Akademie und alle interessierten Leser uns dafür geeignete Beiträge und Hinweise zukommen zu lassen.

Die Stiftung Digitale Chancen stellt sich vor

„Die Stiftung Digitale Chancen will dazu beitragen, dass möglichst alle Menschen die Chance erhalten, die Vorteile der neuen digitalen Medien, insbesondere das Internet, für sich zu erkunden und zu nutzen“, erklärt Herbert Kubicek, Professor für Informatik an der Universität Bremen und wissenschaftlicher Direktor der Stiftung Digitale Chancen. Die Stiftung setzt dazu auf die Vermittlung von Medienkompetenz und betreibt unter anderem ein umfassendes Informationsportal.

Unter www.digitale-chancen.de kann sich der Mitarbeiter eines Seniorenverbands, der etwas über spezielle Computertechnik für Senioren wissen möchte, ebenso informieren wie Neueinsteiger auf der Suche nach Orientierung oder die Kommunalpolitikerin, die die genaue Zahl der öffentlichen Internetzugänge in ihrem Wahlkreis erfahren möchte. Konkrete Angebote richten sich an:

- Betreiber und Mitarbeiter von Internet-Cafés in sozialen Einrichtungen. Sie finden Informationen

zu Fragen der Ausstattung und Finanzierung sowie der Durchführung von Kursen und des Managements solcher Einrichtungen.

- Experten aus Politik und Wissenschaft, die an der Überwindung der Digitalen Spaltung, also der Teilung der Gesellschaft in „Onliner“ und „Offliner“, arbeiten. Ihnen stellt das Webangebot Daten und Analysen zur Nutzung des Internet in verschiedenen Bevölkerungsgruppen zur Verfügung. Daneben werden Themenfelder der Informationsgesellschaft behandelt, in denen die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien von besonderer Bedeutung ist.
- Internet-Einsteiger. Sie haben Zugriff auf eine Datenbank mit rund 7.200 Zugangs- und Lernorten. Durch Eingabe ihrer Postleitzahl erfahren sie, wo sie in ihrer Nähe einen Computer mit Internet-Anschluss finden – etwa in einem Internet-Café, einer Bibliothek oder

einem Jugendzentrum. Diese Informationen sowie weitere Einstiegshilfen sind auch über die Telefon-Hotline **01 805 38 37 25** (tägl. 8.00 – 22.00 Uhr, 12 ct/min) abrufbar.

„Mit uns findet jeder einen einfachen Zugang zum Internet“, sagt Jutta Croll, Geschäftsführerin der Stiftung. „Und in den Einrichtungen, die wir in der Datenbank erfasst haben, trifft man auf Mitarbeitende, die bei den ersten Schritten im Netz helfen.“ Damit sie der Aufgabe der Medienkompetenzvermittlung gewachsen sind, hat die Stiftung Digitale Chancen bereits zwei Programme für Multiplikatorenschulungen entwickelt. Dabei geht es um den Einsatz des Internet in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Verhältnissen. Das Training „Digitale Chancen für die Jugendarbeit“ vermittelt einen einfachen Zugang zu mediengestützten Techniken des Projektlernens, während die Kampagne „Surfen zum Job“ in die Berufsorientierung und Jobsuche online einführt.

Für die Verbesserung der Chancengleichheit von Menschen mit Behinderungen veranstaltet die Stiftung Schulungen zum Thema „Barrierefreiheit“ und betreibt Aufklärungsarbeit durch eine telef. Beratungshotline unter (0 18 05) 90 20 70.

Die Stiftung Digitale Chancen wurde im Januar 2002 mit Sitz in Berlin und einer weiteren Geschäftsstelle in Bremen gegründet. Stifter sind die Universität Bremen und AOL Deutschland, als Zustifter konnten das Beratungsunternehmen Accenture und die Burda Stiftung gewonnen werden. Die Stiftung steht unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie sowie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Hervorgegangen ist die Stiftung aus dem Projekt Netzwerk Digitale Chancen, das im März 2001 an der Universität Bremen startete. Aufgabe war, im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft ein Informationssystem aufzubauen, das sich mit dem Problem der Digitalen Spaltung befasst und zugleich Instrumente zu ihrer Überwindung liefert. Seit 2003 veranstaltet die Stiftung gemeinsam mit der Aktion Mensch den BIENE-Award für barrierefrei gestaltete Internetangebote in deutscher Sprache. Die Evaluation der eingereichten Wettbewerbsbeiträge wird am Institut für Informationsmanagement Bremen an der Universität Bremen (www.ifib.de) durchgeführt und von einem Fachlichen Beirat, der sich aus Fachleuten mit und ohne Behinderung zusammensetzt, begleitet.

Biene-Award 2005 – Goldene BIENEN landen in vier Ländern

Insgesamt 16 Internet-Angebote haben die Aktion Mensch und die Stiftung Digitale Chancen im Jahr 2005 im Finale des Wettbewerbs für barrierefreies Internet ausgezeichnet. Goldene BIENEN gingen an den Landtag Nordrhein-Westfalen, das Landesportal Baden-Württemberg, das Regionale Rechenzentrum Erlangen in Bayern und das Theologische Seminar der Fachhochschule Elstal in Brandenburg. Einziger Preisträger aus dem Bereich der Bundesbehörden ist die Webseite der Deutschen Bundesbank. Sie bekam eine BIENE in Silber. Sieben Teilnehmer gewannen eine BIENE in Bronze. Der Auszeichnung vorausgegangen waren ein umfangreiches Testverfahren und die Entscheidung einer prominent besetzten Jury aus Medienmachern und Multiplikatoren.

„So viele goldene BIENEN gab es noch nie“, freut sich Jutta Croll, Geschäftsführerin der Stiftung Digitale Chancen. „Das Ergebnis bestätigt, was sich im Verlauf des Wettbewerbs bereits abgezeichnet hat. Wir haben mehr barrierefreie Internet-Seiten und wir haben bessere barrierefreie Internet-Seiten. Aber wir stehen erst am Anfang. Am Ziel sind wir, wenn alle Webseiten für alle Nutzer zugänglich sind.“

Die Bedeutung dieses Zieles unterstrich auch Karin Evers-Meyer, die

neue Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen. In ihrer Festrede betonte sie das Zusammenspiel zwischen gesetzgeberischen Maßnahmen und der Umsetzung in der Praxis. „Ich habe den Eindruck, wir konnten auf dem hier relevanten Gebiet der Herstellung von Barrierefreiheit bei Information und Kommunikation in der kürzesten Zeit die größten Fortschritte erzielen. Es gibt viele Beweise für ein echtes Umdenken und eine große gesellschaftliche Akzeptanz. Der BIENE-Award hat einen entscheidenden Teil dazu beigetragen.“

Beispielhaft für die Möglichkeiten, die dieses Umdenken eröffnet hat, waren die Webseiten, die einen Sonderpreis erhielten. Der blinde Programmierer Simon Bienlein bekam eine

BIENE für sein Angebot Linux für Blinde und bedankte sich mit den Worten: „BIENE goes to Bienlein.“ Einen Sonderpreis für die besondere inhaltliche Relevanz und die vorbildliche Umsetzung des Gedankens der Integration erhielt die Kanzlei Dr. Tolmein. Der unter anderem auf Behindertenrecht spezialisierte Rechtsanwalt hat seine Webseite komplett in Deutsche Gebärdensprache und leichte Sprache übersetzen lassen.

Einziger Wermutstropfen eines sehr gelungenen Abends war die Kategorie Medien. „Mit nur 12 Einreichungen war diese Kategorie am schwächsten besetzt. Dennoch hatten wir gehofft, eine BIENE verleihen zu können“ erklärt Iris Cornelissen, Projektleiterin für den BIENE-Award bei der Aktion Mensch. „Die Medien in ihrer Rolle als Mittler sind für Menschen mit und ohne Behinderung gleichermaßen wichtig. Wir gehen davon aus, dass die Entscheider auf Seite der Medien der Bedeutung von Barrierefreiheit bald Rechnung tragen werden“, so Cornelissen weiter. Das sah die Jury genau so, wie Ralf Sander, Redakteur stern.de erklärte, der die Begründung der Jury vortrug, keine BIENE in der Kategorie Medien zu vergeben. „Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht. Aber wir haben an den anderen Preisträgern gesehen, dass es gar nicht so schwer ist, eine Webseite einfach für alle zu gestalten. Wir wollen deshalb die Medienmacher auffordern, sich

zukünftig an den anderen Preisträgern zu orientieren.“

Dass diese Zukunft bereits begonnen hat, zeigen die Nachwuchspreise. Laura Cappitelli und Ines Terpe bekamen eine BIENE für die von ihnen gestaltete Webseite des Integrativen Kindergartens des Sportclubs Otten- sen. Eine weitere Nachwuchs-BIENE ging an Christiane Müller, die mit ihrer IT-Infothek ein umfangreiches Angebot zum Thema Barrierefreiheit ins Netz gestellt hat.

Bilder der Preisträger und der Preisverleihung finden Sie unter www.biene-award.de. Dort steht auch eine umfangreiche Pressemappe zum Wettbewerb zur Verfügung.

Weitere Informationen: Stiftung Digitale Chancen, Jutta Croll, M.A., Büro Berlin, Fasanenstr. 3, 10623 Berlin,
Tel.: 0 30 - 43 72 77 -30,
Fax: 0 30 - 43 72 77 -39,
Mobil: 01 63 - 5 49 37 73,
jcroll@digitale-chancen.de,
<http://www.digitale-chancen.de>

Gelungenes Dorffest zur Radweeinweihung

Mit einem Dorffest der besonderen Art feierten die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden Süderhackstedt, Sollerup und Sollwitt die langersehnte Fertigstellung des Fahrradweges entlang der L 190 zwischen diesen drei Gemeinden. Über

200 Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich an der Einweihung und dem anschließenden Dorffest. Ministerialdirigent Hans-Joachim Pieper aus dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume ging in seiner Ansprache auf die

30jährigen Bemühungen der Gemeinden für diesen Radweg ein, der, nachdem die Baupläne und Finanzierung standen, durch die Firmen in nur 8-monatiger Bauzeit errichtet wurde. Besonders erfreulich war aus seiner Sicht, dass die kalkulierten Kosten um ca. 20 % unterschritten werden konnten. „Die Bedeutung des Fahrradweges wird mir nicht nur durch die großartige Resonanz der Bürgerinnen und Bürger bei dieser Einweihung deutlich, sondern kann ich auch als passionierter Fahrradfahrer, der selbst jährlich über 4.000 km mit dem Rad zurücklegt, nachvollziehen.“ Für die Förderung seitens des Landwirtschafts- und Verkehrsministeriums war die multifunktionale Nutzung des Weges ausschlaggebend. Er dient sowohl der Schulwegsicherung als auch zur touristischen Nutzung und verbindet mit zusätzlich angelegten Reitstreifen verschiedene Reittrouten. Daneben ist er im landesweiten Radwegeplan als überörtliche Radwegeverbindung aufgenommen.

In seiner Begrüßung dankte Bürgermeister Carsten-Peter Brodersen den

beteiligten Ministerien und staatlichen Stellen für die Förderung und Unterstützung bei der Planung und Umsetzung. Die drei Gemeinden haben sich mit 20 % der Gesamtkosten von 1 Million Euro an diesem Fahrradweg beteiligt und damit finanziell ganz erheblich „aus dem Fenster gehängt“. Dies spiegelt aber auch die Bedeutung des Projekts für diese drei Gemeinden wieder.

Amtsvorsteher Hans Jürgen Jochimsen unterstrich, dass mit dem integrierten Wegenetzkonzept des Amtes Bewegung in den Radwegebau im Jörler Bereich gebracht worden ist. Dieses landesweit modellhafte Konzept untersucht sämtliche Wegeverbindungen im Amtsbereich und versucht, möglichst viele Nutzungen auf einer Trasse zusammen zu fassen. Auf dieser Grundlage ist auch die kombinierte Förderung aus dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (50 %) und dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr (30 %) zustande gekommen.

Aus: Wir Nr. 10/05 (Amtszeitung des Amtes Eggebek).

Treianisches Pferd: Dorfgemeinschaft in Treia investiert halbe Million Euro

Unternehmer und Investoren aus Treia haben durch ihr Engagement die Grundversorgung ihres Ortes mit Lebensmitteln gesichert und dazu über eine halbe Million Euro aufgebracht. Nun kaufen sie in einem Supermarkt ein, in dessen Infrastruktur sie selbst investiert haben. „Sie bekommen im Supermarkt Lebensmittel, alles ganz nah, können aber auch mal zum Schnacken hier einlaufen“, sagt Sönke Schlüter, Apotheker, und einer der Geschäftsführer der Dorfgemeinschaft Treia GmbH & Co KG. Die große Sorge der Initiatoren und Bürger ist nun verflogen: Mit der Schließung des Kaufmannsladens im vergangenen Jahr war auch die Versorgung mit Lebensmitteln im Ort verschwunden. Daher ergriffen die Unternehmer Benno Vogt und Sönke Schlüter die Initiative und machten sich daran, die Dorfgemeinschaft von einem neuen, bis-

lang einzigartigen Plan zu überzeugen. Es ging nun darum, das erforderliche Investitionskapital für einen Ausbau der leer stehenden Verkaufsfläche zu mobilisieren. Der Laden einer Supermarktkette sollte dort eröffnen und einen gemeinsamen Eingang mit dem benachbarten Baumarkt bekommen. Nicht jedem fiel es leicht, sich mit Summen zwischen 500 und einigen tausend Euro an einem Vorhaben zu beteiligen, das zunächst keine Zinsen abwirft. Aber, so der Teilnehmer einer Informationsveranstaltung, es gehe ihm neben der emotionalen Seite seines Engagements auch um rechnerische Überlegungen. Würde er mehrmals die Woche in einen weiter entfernten Supermarkt fahren müssen, dann fielen auch beachtliche Kosten an. Am Ende der Gespräche zeichneten über neunzig Investoren einen Anteil an dem Vorhaben.

Investieren mit Kopf und aus dem Bauch

Bevor allerdings die baulichen Maßnahmen beginnen konnten, mussten noch behördliche Bedenken aus dem Weg geräumt werden. Die Schwierigkeit bei den vermittelnden Gesprächen lag in der Befürchtung, dass ein vergrößertes Ladengeschäft Kunden aus der nächsten, größeren Gemeinde abziehen könnte.

„Wir konnten deutlich machen, dass die dörfliche Infrastruktur durch das Vorhaben gestärkt wird und keine Nachteile für gewerbliche Nachbarn entstehen“, sagt Lothar Raasch, Einzelhandelsreferent der IHK Flensburg. Es wurde unter anderem eine Bewertung dazu verfasst, wobei das Engagement der Dorfbewohner für

ihren Standort als Vorzeigemodell für ähnliche Fälle gelten kann. Es findet dabei auch kein reiner Wettbewerb zwischen den großen Anbietern „auf der grünen Wiese“ und den innerdörflichen Einzelhändlern statt. Denn gerade das Beispiel Treia habe gezeigt, so Raasch, dass es den Menschen auch um soziale Treffpunkte gehe. Eigeninitiative ohne öffentliche Fördermittel könnte also dem-

nächst auch in anderen Gemeinden bei der Sicherung der Geschäftskultur der richtige Weg sein. Denn Treianische Pferde sind – im Gegensatz zum mythischen Original – eine Bereicherung für jeden Ort.

Aus: WNO 10/2005 (Zeitschrift der Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein)

Bleiben die Wege auf der Strecke?

Die Lage scheint aussichtslos, die Wege sind es nicht. Denn die besten Aussichten auf das Land hat man von den Wirtschaftswegen im Land. Nur darf man den Blick nicht nach unten wenden. Dann tun sich im wahrsten Sinne des Wortes Abgründe auf. Der Zustand vieler Gemeindewege ist erbärmlich. Dabei ist das bisher immer noch dichte und erhaltene Wegenetz nicht nur für die Landwirtschaft von außerordentlicher Bedeutung. Auch die Bewohner des ländlichen Raums insgesamt wissen um die Bedeutung der ländlichen Wege. Was nützt - überspitzt gesagt - eine neue Schule, wenn man nicht mehr hin kommt? Auch die Urlauber wollen bei uns gut zu Wege sein. Zwei Drittel der Urlauber kommen mit Fahrrädern – auf dem Auto-
dach. Und sie wollen damit fahren, die Landschaft erkunden, Aussichten genießen. Aber nicht jeder hat

Spaß daran, mit seinem Mountainbike auf maroden Strecken sportliche Höchstleistungen zu erbringen. Kein Bundesland hat zudem so viele Pferde, bezogen auf die Einwohnerzahl. Auch Sie brauchen Wege. Inline-Skater, Spaziergänger - sie alle wollen wohlbehalten ihres Weges ziehen und dabei das Land genießen.

Unser Wegenetz ist ein Wirtschaftsfaktor und es ist zugleich ein Ausweis für die Schönheit unseres Landes. Wir haben „Wege mit Aussichten“. Wege mit Zukunft brauchen aber auch Geld. Was spricht dagegen, dass sich die unterschiedlichen Nutzer zusammentun, vor allem jedoch ihre Fördertöpfe zusammenwerfen und nach gemeinsamen Lösungen suchen? Das setzt gegenseitige Rücksicht bei der Planung und Nutzung voraus. Doch angesichts der finanziellen Engpässe auf allen Ebenen führt da kein Weg dran

vorbei. Auch die Gemeinden müssen sich des Themas neu annehmen. Gerade auf kommunaler Ebene sollte so viel Verantwortungsbewusstsein vorhanden sein, dass man merkt: Wer heute nicht investiert, bezahlt dafür schon morgen ganz teuer. Gemeinsame Aktionen zum gemeinsamen Nutzen: Das ist der richtige Weg.

Den Spurbahnen sieht man ihren Zustand am ehesten an. Vor allem, wenn die seitliche Druckverteilung im Winkel von 45 Grad wegen zu naher Gräben nicht mehr gewährleistet ist, kippen die Betonbahnen ab. Auch schwere Geräte mit entsprechenden Spurbreiten fördern ein Kippen der Platten.

Der Bauernverband, die Akademie für die Ländlichen Räume, das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, und der Schleswig-Holsteinische Gemeindegtag wollen in Kürze die ersten Schritte dafür tun.

Sönke Hauschild, Bauernverband Schleswig-Holstein



Aus der Arbeit der Akademie

„Kultur im ländlichen Raum“

Pressebericht zum Themenabend in Norderstapel in den Husumer Nachrichten

Die „Grotdeel“ des 470 Jahre alten Fachhallenhauses Jöns der Gemeinde Norderstapel bot den passenden Rahmen zum Themenabend „Kultur im ländlichen Raum“. Die Gesprächsrunde mit Kulturträgern und Kooperationspartnern für Kultur wurde vom Vorsitzenden der Akademie für die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V., Rüdiger von Plüskow, eröffnet. „Kultur im ländlichen Raum ist Kultur, Kultura an sich“, sagte von Plüskow. Das Materielle überwiege allerdings, während das Geistige weniger Beachtung finde. Die heile Welt von früher gebe es nicht mehr.

Norderstapels Bürgermeister Rainer Rahn betonte, dass die im Dorf vorhandenen Vereine wie Heimatbund, Feuerwehr, Hausfrauen-Union, Sozialverband und DRK-Ortsverein wichtige Kulturträger seien. Die Kultur im Dorf werde nicht vernachlässigt. Die Gemeinde müsse ehrenamtlich Tätigen die nötige Anerkennung geben.

„Für ein vielfältiges und bedarfsgerechtes Kulturangebot trägt die öffentliche Hand Verantwortung“, sagte die Kulturbeauftragte des Landes, Caroline Schwarz. Dies bedeute

aber nicht, dass das Land und die Kommunen die entsprechenden Institutionen und Angebote selbst vorhalten und finanzieren müssen. Die Landesregierung werde sich einer offenen Diskussion über kulturpolitische Ziele und Prioritäten sowie deren künftige arbeitsteilige Finanzierung stellen. Kultur sei ein Teil unserer Identität. Ihre Förderung trage zur Lebensqualität, Persönlichkeitsbildung und Sinnggebung bei. Kultur in Schleswig-Holstein sei daher zur Chefsache geworden.

In der sich anschließenden Diskussion, die von Andrea Weigert (Akademie) geleitet wurde, sprach Caroline Schwarz von ehrenamtlich Tätigen, denen mehr Beachtung geschenkt werden müsse. Vereinsvorstände seien oftmals nur schwer wieder zu besetzen. "Die Verbesserung der Anerkennungskultur ist Thema", betonte Andrea Weigert. Der stellvertretende Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes, Hermann-Josef Thoben, sah die Kreativität im ländlichen Raum als wichtig an. Sie habe im Kern mit Menschen und nichts mit Fördermitteln zu tun. Das vorhandene Potenzial der Jüngeren müsse genutzt werden. Als

tolle Sache bezeichnete Hans Glüsing vom Förderverein „Landschaft Stapelholm“ die Einrichtung der ETS-Radiostation im „Ohlsenhaus“ in Süderstapel. Er versuchte die Diskussion einmal nicht auf die traditionell im ländlichen Raum angesiedelten und in weiten Teilen auch noch gut funktionierenden Kultursparten und –träger zu lenken, sondern die anderen Formen der Kultur, wie z.B. Ernste Musik, Bildende Kunst und Literatur in den Blick zu nehmen. Diese eher anspruchsvolle Kultur gehöre zu einer Grundversorgung, die im ländlichen Raum ebenfalls haushaltsnah angeboten werden sollte. „Der Bürger muss nicht zur Kultur, sondern die Kultur muss zu den Menschen kommen. Und zwar umso dringender, je größer der Anteil älterer Bürger wird, die schwierig in die Stadt kommen“, sagte Glüsing. Die vom Förderverein angebotenen Literaturabende seien ein Erfolg gewesen; es gehörten aber auch Findigkeit und ein gutes Marketing dazu. Öffentliche Fördermittel dürften nicht der Weisheit letzter Schluss sein.

Podium im Haus Jöns, Norderstapel, zur Kultur im ländlichen Raum (v.l.): Hermann-Josef Thoben, Rüdiger v. Plüskow, Caroline Schwarz, Andrea Weigert, Rainer Rahn, Christiane Thomsen und Hans Glüsing.



Die Museumsleiterin der Stadt Friedrichstadt, Christiane Thomsen, erklärte, dass Kultur nur über das Ehrenamt unterstützt werden könne. Für die ETS-Region wünsche sie sich einen hauptamtlichen Kulturmanager.

„Wir sind uns einig und wollen die Kreativität der Menschen nutzen“, sagte Hermann-Josef Thoben. Ein Regionalmanagement sei in der Eider-Treene-Sorge-Region bereits vorhanden. Ehrenamt und Hauptamt müssten ein festes Netzwerk ergeben. Die Region müsse kulturell etwas bieten, um lebenswert zu bleiben.

Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung von den Nachwuchsmusikanten des Feuerwehrmusikzuges „Stapel“ unter der Leitung von Thies Thomsen.

Peter Kleineder, freier Journalist, Norderstapel

ergänzt von Andrea Weigert, Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Die Zukunft der Knicklandschaft

Am 25.10.2005 hat die Akademie alle Interessierten nach Rathjensdorf im Kreis Plön eingeladen, um über die Zukunft der Knicklandschaft in Schleswig-Holstein ins Gespräch zu kommen.

Aktueller Auslöser für die Veranstaltung war die Aufhebung des Knickerlasses vom 25.08.2005. Erfreulich und im Sinne der Veranstalter ist die Tatsache zu bewerten, dass Vertreter der verschiedenen beteiligten Interessengruppen – wie Landwirte, Vertreter der Naturschutzverwaltung, private und ehrenamtliche Naturschützer, Organisationen die in der Knickpflege arbeiten – teilnahmen und die Gelegenheit nutzten,



sich zu informieren und ihre Meinung kund zu tun. Umrahmt von guter ländlicher Gastronomie im Dörpskrog in Rathjensdorf hatten die Angereisten dazu über 4 Stunden Zeit. Der Veranstaltungsort war gewählt worden, weil im Kreis Plön zwei mehrjährige Projekte zum Thema Knickpflege und Landwirtschaft durchgeführt worden waren.

Wert der hiesigen Knicklandschaft stärker ins Bewusstsein heben

Zunächst stimmte ein hervorragender und langjähriger Kenner der Knicks Herr Fritz Heydemann (NABU Plön und Marius-Böger-Stiftung) die Teilnehmer mit einem Lichtbildervortrag auf das Thema ein. Angefangen von der Entstehung der Knicks, über die ökologischen Funktionen zeigte er anhand von Bildern exemplarisch die qualitativen und quantitativen Veränderungen, meist Verschlechterungen des

Knicks bzw. des Knicknetzes über die letzten Jahrzehnte auf. Auch warf der Referent Fragen zu langfristigen Auswirkungen z.B. der maschinellen Knickpflege auf. Anhand einer Gegenüberstellung von Luftbildern einer reich gegliederten Kulturlandschaft und einer ausgeräumten Agrarlandschaft rief Herr Heydemann die Teilnehmer auf, sich den Wert der hiesigen Knicklandschaft mehr bewusst zu machen.

Die Projekt LANAP und IGÖL im Kreis Plön

Dr. Jörg Bargmann berichtete in seinem Referat über zwei mehrjährige Projekte der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein im Kreis Plön. Von 1992 bis 1995 wurden in dem Projekt „Landwirtschaft und Naturschutz im Kreis Plön“ (kurz LANAP) Untersuchungen und Überlegungen für die Entwicklung eines Förderprogrammes zur Honorierung landschaftspflegerischer Leistungen durch die Landwirtschaft angestellt. An dem mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit geförderten Projekt beteiligten sich in den drei Projektgemeinden des Kreises Plön Blekendorf, Probsteierhagen und Ruhwinkel 112 von 116 landwirtschaftlichen Betrieben mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 5170 ha.

Die Bemessung der Leistungen erfolgte:

- Beim Einsatz von Boden (Flächenbereitstellung) anhand der Opportunitätskosten der alternativen Nutzungsmöglichkeiten; berechnet aus den Deckungsbeiträgen unter Einbeziehung von Ausgleichszahlungen plus Anreizkomponente.
- Beim Einsatz von Maschinen und Arbeit (Entwicklung und Pflege) mit Hilfe der Sätze der regional tätigen Maschinenringe und Lohnunternehmer.

Bezogen auf die heutigen Kostenstrukturen (Flächenbereitstellungs-, Maschinen- und Arbeiterledigungskosten) lassen sich die wichtigsten Ergebnisse des Projektes wie folgt zusammenfassen:

- Die unentgeltlich bereitgestellten ökologischen Leistungen der Landwirtschaft betragen pro Hektar und Jahr 12 € an Pflegekosten und 10 € an Flächenbereitstellungskosten
- Die aus naturschutzfachlicher Sicht zusätzlich erforderlichen Leistungen der Landwirtschaft betragen pro Hektar und Jahr 42 € an Pflegekosten und 12 € an Flächenbereitstellungskosten sowie 36 € an einmalig anfallenden Entwicklungskosten. Von diesen Kosten entfallen ca. 70 % auf das Element Knick, was die herausragende Bedeutung des Knicknetzes im Landschaftselementinventar des Naturraumes „Östliches Hügelland“ unterstreicht.

In dem Folgeprojekt „Integrations- und Gestaltungsmaßnahmen ökologisch-orientierter Maßnahmen der Landschaftspflege und der Flächenextensivierung in landwirtschaftlichen Betrieben“ (kurz IGÖL) sollten von 1997 – 2003 die modellhaft erarbeiteten Ergebnisse des Projektes LANAP auf landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben in den drei Gemeinden umgesetzt werden. Die

wichtigsten Vorgaben für das von der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landschaft und dem Kreis Plön geförderte Projekt waren

- Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Naturschutzes von Anfang an,
- Wahl- und Kombinationsmöglichkeiten bei den Landschaftspflegemaßnahmen, orientiert an den Anforderungen des regionalen Naturschutzes und an den Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Betriebsorganisation,
- angemessener Ausgleich der Leistungen,
- einfache Verwaltungsstrukturen durch den Aufbau eines geeigneten Geographischen Information Systems (GIS).

Bei Projektbeginn ist eine Arbeitsgruppe gebildet worden, die neben den beteiligten Landwirten mit Vertretern des Naturschutzes (Kreisnaturschutzring Plön), der Landwirtschaft (Kreisbauernverband Plön)

und der Verwaltung (Umweltamt des Kreises Plön) besetzt war. Die Arbeitsgruppe ist durch regelmäßige Gesprächsrunden und Vor-Ort-Besichtigungen unmittelbar an der Abstimmung der Arbeitsschritte sowie der Planung und Umsetzung der Maßnahmen beteiligt gewesen.

Folgende Ergebnisse wurden erarbeitet:

Unter Berücksichtigung ökologischer und ökonomischer Aspekte ist das optimale Knickverfahren das kombinierte Verfahren von Knickzange / Knicksäge und Motorsäge. Auf die Knickzange/-säge entfallen Arbeits- und Maschinenkosten in Höhe von 1.20 €/lfd.m Knick. Für die nachfolgenden Arbeitsgänge: Nacharbeiten mit der Motorsäge, Sammeln und Schreddern des Busch und Aufnahme/Abfuhr der Holzschnitzen sind 1.65 €/lfd.m Knick zu veranschlagen. Insgesamt ergibt sich somit ein Kostenanteil von 2.85 €/lfd.m Knick.

Aktuelle Aspekte der Agrarförderung

Dr. Bargmann erläuterte in seinem Referat auch die thematisch relevanten aktuellen Aspekte der Agrarförderung. Bei der „Entkoppelung“ im Rahmen der Agrarreform 2005 geht es um die Entkoppelung der Direktzahlungen von der Produktion. Im Rahmen der Cross-Compliance-Vereinfachung ist die Strukturelementfläche in gleicher Höhe zahlungsbe-

rechtigt wie die landwirtschaftliche Fläche. Im Fazit ist somit u.a. für den Knick positiv festzuhalten, dass die komparativen Kostennachteile strukturelementreicher Betriebe reduziert werden (hier: Flächenbereitstellung von Strukturelementen).

Bei der „Modulation“ im Rahmen der Agrarreform 2005 wird es (zunächst) zu einer 5%-igen Umschichtung

von Geldern aus der 1. Säule (handelsbeeinflussende Stützzahlungen) in die 2. Säule (handelsneutrale Stützzahlungen; Green-Box) kommen. Bei den Modulationsmaßnahmen ist unter dem Titel Maßnahme A5 die „Anlage von Blühstreifen

mit/ohne Knickpflege“ zu finden. Auch hier ist im Fazit für den Knick positiv festzuhalten, dass die komparativen Kostennachteile strukturelementreicher Betriebe reduziert werden (hier: Pflege von Knicks).



Blühstreifen entlang von Knicks - eine ästhetische, ökologische und derzeit auch finanzielle „Bereicherung“
(Bild: J. Bargmann)

Kosten und Nutzen von Knickholz-Hackschnitzeln

Walter Eggersglüß von der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein referierte zu dem Thema „Knickholznutzung heute und morgen“. Als zuständiger Ingenieur für Land- und Umwelttechnik berichtete er von Fakten und Trends in der Biomassenutzung, erläuterte die verschiedenen Anlagentypen, wies auf die erforderliche Qualität der Hackschnitzel hin und gab Informationen zu Kosten und Finanzierung von Hackschnitzelfeuerungen.

Energetisch verwertbares Holz aus dem Knick lässt sich für Schleswig-

Holstein wie folgt quantifizieren:

- Bei 43.000 km Knick in Schleswig-Holstein
- und der Annahme, dass der Knick nach 15 Jahren auf den Stock gesetzt wird
- ergibt sich eine jährlich nutzbare Knicklänge von ca. 3.000 km
- dies ergibt 300.000 – 600.000 m³ Hackschnitzel/Jahr
- und entspricht 200.000 – 400.000 MWh Nutzwärme/Jahr
- was wiederum 20 – 40 Mio. Liter Heizöläquivalent/Jahr ergibt

Von den über 70 Biomasseanlagen in Schleswig-Holstein sind knapp die Hälfte Holzfeuerungsanlagen.



Biomasse-Anlagen in Schleswig-Holstein – s/w ohne Farbdifferenzierung (Quelle: Vortrag von Walter Eggersglüß, Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein)

Die Kosten für Knickholz-Hackschnitzel lassen sich wie berechnen:

- ca. 5 m Knick ergeben nach 15 Jahren 1 m³ Holzhackschnitzel
- Knick auf den Stock setzen: 1 Euro/m, demnach 5,00 Euro/m³
- Hacken mit Großhacker: 5,00 Euro/m³
- Transport ins Zwischenlager: 1,00 Euro/m³
- ⇨ Kosten der Hackschnitzel frei Lager: 11,00 Euro/m³
- Masseverluste (20 %) 2,20 Euro/m³

- Transport ins Heizwerk 2,50 Euro/m³
- ⇨ Kosten der Hackschnitzel frei Heizwerk 15,70 Euro/m³
- Nutzwärme aus Knickholzhack-schnitzel 1,6 m³/MWh
- (Praxiswerte Maschinenring:) 25,10 Euro/m³
- Trotz stark gestiegener Energiepreise werden derzeit noch über 50% des Knickholzes aus Schleswig-Holstein für 7 – 10 € / m³ (ab Lager) nach Dänemark exportiert –

eine unbefriedigende Situation nicht nur aus Sicht von Herrn Eggersglüß. Der Knickerlass als eine für die zuständigen unteren Naturschutzbehörden bindende Verwaltungsvorschrift konkretisierte die gesetzlichen Knickschutzvorschriften des § 15b LNatSchG sowie der Eingriffsregelung bezüglich landschaftsprägender Einzelbäume, Baumgruppen usw. gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 8 LNatSchG und stellte eine weitgehende landeseinheitliche Anwendung sicher. Gründe für die Aufhebung des Erlasses waren im Wesentlichen:

- Geänderte rechtliche Bestimmungen,

- Vorgaben des Knickerlasses entsprachen teilweise nicht mehr den fachlichen Standards,
- Kein Regelungserfordernis per Erlass, da die meisten Inhalte als hinlänglich bekannte Regelungen, Wiederholung von Gesetzestexten und allgemeine Empfehlungen eingestuft wurden,
- Grundsätzlicher Deregulierungsbedarf.

Mit der Aufhebung des Erlasses sollte darüber hinaus erreicht werden, die örtliche Entscheidungskompetenz weiter zu stärken.

Was hat sich durch die Aufhebung des Erlasses geändert?

Manfred Schmidt vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Ländliche Räume (MLUR) erläuterte, dass durch die Aufhebung des Knickerlasses die gesetzlichen Regelungen des § 15b LNatSchG nunmehr von den zuständigen unteren Naturschutzbehörden unmittelbar anzuwenden sind. Für die Knickpflege gelten weiterhin die im Gesetz aufgeführten Bestimmungen zur Knickpflege – wie 10-15 jähriger Knickturnus und Stehenlassen von Überhältern, das erlaubte seitliche Abschneiden der Zweige in einem Abstand von 1m zum Knickfuß. Da der Knickerlass dies nicht weiter spezifizierte, ergeben sich durch die Aufhebung des Erlasses keine Auswirkungen. Die ausnahmsweise Zu-

lassung des Schrägschnitts (Rückschnitt der Zweige bis zum Knickfuß) durch den Knickerlass ist entfallen und somit gesetzeswidrig. Verboten und somit bußgeldbewehrt ist dieser Tatbestand allerdings erst dann, wenn der Knick hiermit erheblich und nachhaltig beeinträchtigt wird. Dieses ist im Einzelfall von der unteren Naturschutzbehörde festzustellen und zu verfolgen. Durch die Aufhebung des Knickerlasses sind in ordnungsrechtlicher Hinsicht keine Änderungen eingetreten. Verboten sind nach wie vor die Beseitigung des Knicks sowie alle Maßnahmen, die zu einer erheblichen und nachhaltigen Beeinträchtigung des Landschaftsbestandteiles führen. Resümierend stellte Herr Schmidt

fest, dass sich in materieller Hinsicht durch die Aufhebung des Knickerlasses kaum Änderungen ergeben – es bleibt beim Beseitigungsverbot und dem Verbot der erheblichen und nachhaltigen Beeinträchtigung der Knicks. Geändert hat sich allerdings der größere Ermessensspielraum der

für den Knickschutz zuständigen unteren Naturschutzbehörden. Hierdurch kann das Ziel sichergestellt werden, dass die örtlichen, regionalen Ziele und Kompetenzen des Knickschutzes stärker als bisher bei den behördlichen Entscheidungen Berücksichtigung finden können.

Was hat sich durch die Aufhebung des Erlasses geändert?

Die Diskussionen im Laufe der Veranstaltung beschäftigten sich überwiegend mit diesen rechtlichen Aspekten und den aktuellen und zu erwartenden Veränderungen. Aus vielen Wortbeiträgen war die Sorge um mögliche unbestimmte Rechtsbegriffe – wie z.B. die erhebliche und nachhaltige Beeinträchtigung – und die möglichen Folgen herauszuhören. So hinterfragte ein Landwirt die Sinnhaftigkeit, einer evtl. Ungleichbehandlung von Landwirten in verschiedenen Landkreisen. Vertreter aus der Naturschutzverwaltung wiesen darauf hin, dass es nicht Sinne der Aufhebung des Erlasses sein könne, sich in Zukunft

überwiegend mit der Auslegung von unbestimmten Rechtsbegriffen zu befassen.

Im Ergebnis äußerten alle Interessengruppen den Wunsch nach einer Art Handreichung zum Knickschutz und zur Knickpflege, die möglichst prägnant alle praxisorientierten Aspekte darlegt und für Naturschutzverwaltung insbesondere die UNB's und Landwirte gleichermaßen als Richtschnur für das Handeln vor Ort dienen soll.



Trotz der zeitlichen Verschiebungen, die sich im Laufe der Veranstaltung ergaben, nahmen noch etwa die Hälfte der Teilnehmer die Möglichkeit wahr, das Holzheizwerk auf Gut Rixdorf zu besichtigen. Der Gutsverwalter Herr Wilken von Behr

(Bildmitte) zog die Zuhörer in seinen Bann und weckte Interesse.

Die vollständige Dokumentation der Veranstaltung finden Sie auf der Internetseite der Akademie:

www.alr-sh.de



Die Veranstaltung wurde gefördert von „Bingo! – Die Umweltlotterie“

Torsten Sommer,

Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

„Schule bewegt sich in Schönberg“

„Jugendhilfe und Schule“ hieß das Seminar, das von der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. in Schönberg veranstaltet wurde.

In seiner Begrüßung stellte der Geschäftsführer Horst Müller die Frage, ob es eigentlich noch zeitgemäß sei, dass die Jugendhilfe beim Kreis, das pädagogische Personal beim Land und die Schulträger in Ämtern und Gemeinden angesiedelt sind. Diesen Faden nahm der Hauptredner Prof. Wulf Wallrabenstein auf und plädierte für eine kreative Kooperation zwischen allen beteiligten Partnern.

Die praktische Verknüpfung des Themas „Jugendhilfe und Schule“ finde in dem Modell der Offenen Ganztagsschule statt, so Müller. Dabei sei nach PISA der Ausbau der

schulischen Ganztagsangebote eines der wichtigsten Projekte.

Bürgermeister Wilfried Zurstraßen unterstrich in seinem Grußwort die Schönberger Besonderheit, dass die Ganztagschule drei verschiedene Schularten unter einem Dach vereint. Auch das Jugendheim das noch den Namen „Alte Penne“ trägt, wird integrierter Bestandteil der neuen Einrichtung. Da wachsen Schule und Jugendzentrum zu einer neuen pädagogischen Einheit zusammen.

Die Schönberger Schulen, der Schulverband Probstei und die Gemeinde beschreiten dabei einen spannenden neuen Weg, der Schule nicht als isolierte Einheit begreift, sondern auf Vernetzung setzt. So entwickelt sie sich von einer "Belehrungsschule" zu einer modernen ganztägigen Förderschule. Betreute

Grundschule, Hortangebot, Zusammenarbeit von Schulen und Kindergärten, „Oase“ für Kinder mit besonderem Förderbedarf, eine Tagesgruppe und insbesondere das nachmittägliche Betreuungsangebot von „Nessie“ (nachmittägliches Ergänzungsangebot der Schönberger Schulen), sind Stationen auf dem gemeinsamen Weg. Stand auch den ehrgeizigen Planungen am Anfang manche Skepsis entgegen, am Ende gab es Gemeinsamkeiten in Konzepten und Beschlüssen.

Für den Eingangsvortrag konnte Prof. Wulf Wallrabenstein gewonnen werden, der die aktuelle Diskussion um die Rolle der Jugend in der Schule aufnahm und Einsichten in die Problemlage einer Schule für die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt vermittelte.

Im traditionellen Rollenverständnis von Jugend, Eltern und Kommune werde der Jugendliche immer noch als Einzelkämpfer gesehen mit dem Ziel, sich an die vorgegebenen Rollen anzupassen. Da würden die vorgegebenen Strukturen kaum verändert und die Machtrolle der Schule untermauert. Jugendarbeit sei dann eher schmückendes Beiwerk und habe eine ritualisierte Funktion. Eine neue aktivere Rolle käme der Jugend in einem verändernden Rollenverständnis zu. Hier soll sie mehr Verantwortung übernehmen, darf Mit-

gestalten und die vielfältigen Ressourcen der Entwicklung auf dem Weg zu einem neuen Wir-Gefühl nutzen. Dabei zeigen sich Jugend, Eltern Kommune als kreative Kooperationspartner. Wies das Umfeld von Jugendhilfe und Schule vorher schichtbezogene Ansprüche und Denkweisen auf, so wird es nun für pluralistische Lebenslagen geöffnet.

So stellten sich auch Karsten Egge vom Jugendministerium und Claudia Schiffer gemeinsam mit Jugendpfleger Jürgen Dräbing, Schulleiter Wolfgang Wittmaack sowie Prof. Wallrabenstein einer offenen Diskussion, die von Andrea Weigert von der Akademie moderiert wurde.

Unterstützung und Beratung erhalten alle Schulen, die ein ganztägiges Angebot aufbauen bzw. weiterentwickeln wollen bei der neuen Serviceagentur „Ganztägig lernen“, beim Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH), Schreiberweg 5, 24119 Kronshagen, Tel.: 0431/54 03 30 8, E-Mail: serviceagentur.sh@ganztae-gig-lernen.de, Internet: www.sh.ganztae-gig-lernen.de

aus: Probsteier Herold vom 20.09.2005, (rr)

ergänzt von Andrea Weigert, Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Exkursion in die Nossentiner/Schwinzer Heide: Naturpark – Behinderer oder Förderer der Wirtschaft?

Die diesjährige Exkursion führte die 12 Teilnehmer in eine Landschaft, die sich durch zeitweise sehr zerstörerische menschliche Eingriffe entwickelt hat. Ursprünglich durch die letzte Eiszeit entstanden beeinflusste das Wirken der Slawen (ca. 700 – 1200) und später der deutschstämmigen Siedler sowie die Gründungen von Städten und Klöstern (Dobbertin und Malchow) im 13. Jahrhundert die Landschaftsentwicklung in hohem Maße, doch die letzten 250 Jahre hinterließen durch Raubbau am Wald besondere Spuren. 16 Glashütten, 23 Teeröfen, 12 Kalköfen und 15 Ziegeleien sowie viele Holzmeiler führten um 1800 zur fast völ-

ligen Zerstörung des Waldes. Aus der Holznot heraus entwickelte sich eine geregelte Forstwirtschaft, die nach und nach den Wald als Kiefernforst wieder aufbaute. Diese Monokultur war jedoch sehr anfällig gegen Krankheiten. Heute werden von zwei Landesforstämtern, einem Bundesforstamt und zur Zeit drei Privatforsten über 60% der Naturparkfläche als Wald gemäß einer naturnahen Forstwirtschaft genutzt. Die anderen Landflächen bewirtschafteten ca. 25 Landwirtschaftsbetriebe, wobei etwa 50% des Grünlandes extensiv genutzt wird. Zwei große und zwei kleine Fischereibetriebe befischen 96% der Seen.



Impressionen von der Exkursion 2005 in die Nossentiner/Schwinzer Heide

Die Landwirtschaft ist gegenüber dem Naturschutz sehr aufgeschlossen, die Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten an der Entwicklung des Naturparks ist jedoch noch zu verstärken, wie der Leiter der Naturparkverwaltung, Herr Gast erklärte. Die heutige Wald- und Seenlandschaft sowie eine geringe Besiedlungsdichte brachten einen Reichtum an Lebensräumen und eine große Vielfalt an Pflanzen- und Tierarten hervor. Ein Highlight der Exkursion war daher der Einfall von Hunderten von Kranichen an ihrem „Schlafsee“, der von dem Kranichforscher, Herrn Dr. Mewes begleitet wurde.

Klöster, slawische Dörfer und Gutsanlagen sowie einige erhaltene Teeröfen bilden den kulturellen Schatz des Naturparks. Diese Mischung aus Natur und Kultur wird zusammen mit einer guten Infrastruktur touristisch in Wert gesetzt. Durch LEADER +, die Europäische Initiative für den ländlichen Raum, wurde ein Regionales Informations-

system erarbeitet und an exponierten Orten Objekttafeln und Wegweiser aufgestellt; dazu gibt es Kartenmaterial. Beeindrucken ist auch der Karower Meiler in seiner Gestaltung, in dem die Naturparkverwaltung untergebracht und eine sehenswerte Ausstellung zu besichtigen ist. Dennoch: die Arbeitslosigkeit in der Region beträgt noch immer 20 %. So zählt in der Forstwirtschaft bisher weniger die Wirtschaftlichkeit, als die Beschäftigungsmöglichkeit von etwa 60 Menschen.

Das Thema Naturparke mit dem Aspekt des Interessensausgleichs von Ökologie und Ökonomie wird die ALR im kommenden Jubiläumsjahr der Naturparke weiter beschäftigen, auch, um den Naturparken unseres Landes Impulse zur Weiterentwicklung zu geben.

Andrea Weigert

*Akademie für die Ländlichen Räume
Schleswig-Holsteins e.V.*

Aus der Arbeit des Europe Direct

EUROPE DIRECT Schleswig-Holstein im Internet

Die Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. und die Europa Union, beide Trägerorganisationen einer EUROPE DIRECT – Informationsstelle haben ein gemeinsames Internetportal ins Netz gestellt. Die Adresse lautet www.europe-direct-sh.de. Hier finden Sie

aktuelle Mitteilungen und die monatlich aktualisierte Ausschreibungsliste des EuroInfoCenters, einen Veranstaltungskalender, Links zu den wichtigsten Europäischen Adressen und eine Partnerbörse zu verschiedenen Programmen und Themen.

Dienstleistung an Europa

Österreichische Präsidentschaft 2006

Am 1. „Jänner“ 2006 übernimmt Österreich für sechs Monate die Ratspräsidentschaft der EU. Ob sich die Österreicher als Gipfelstürmer erweisen ist angesichts der zahlreichen Herausforderungen ungewiss. Wichtige Entscheidungen stehen an, vor allem im Hinblick auf den EU-Haushalt für 1007-1013, den Europäischen Verfassungsvertrag und die Erweiterung der EU.

„Österreich versteht seine Ratspräsidentschaft als Dienstleistung an Europa. Es gilt, Kompromisse zu erzielen und Lösungen zu erarbeiten“, so Christian Probst, Botschafter der Republik Österreich in Deutschland. Die finanzielle Vorausschau 2007-2013 ist in diesem Zusammenhang von besonderer Dringlichkeit.

EU-Verfassungsvertrag

Auch die Bewertung der nationalen Debatten nach dem „Nein“ Frankreichs und der Niederlande zum EU-Verfassungsvertrag wird zentrales Thema der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft sein. Der Gipfel des europäischen Rates am 15. und 16. Juni 2006 muss die Frage nach dem „quo vadis“ beantworten, nicht zuletzt, um bei den Bürgern Vertrauen in das europäische Projekt wiederzugewinnen.

Im Hinblick auf den „Plan D“ der Eu-Kommission (Demokratie, Dialog und Diskussion) lädt Österreich zu „Eurorealismus“ ein: das Funktionieren und die Vorteile der EU müssen für alle EU-Bürger nachvollziehbar werden.

Lissabon-Prozess

Das Jahr 2006 steht im Zeichen der Nationalen Reformprogramme im Lissabon-Prozess. Zunächst steht Anfang des Jahres eine Bewertung der Programme durch die EU-Kommission bevor. Von den Ergebnissen hängt ab, ob eine erneute Überarbeitung der Leitlinien auf dem „Frühjahrgipfel“ des Rates erforderlich ist. Auf der Agenda steht ferner die umstrittene Dienstleistungsrichtlinie. Ob im Rat dazu eine gemeinsame Position zustande kommt, ist ungewiss. Die österreichische Ratspräsidentschaft, die das Projekt grundsätzlich befürwortet, will sich darum bemühen.

EU-Erweiterung und Balkan

Eine der wichtigsten Entscheidun-

gen im kommenden Halbjahr ist jene über den Zeitpunkt der Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die EU. Hierzu plant die EU-Kommission die Veröffentlichung ihrer „Monitoring Reports“ im April/Mai 2006. Auf der Agenda sind ferner die Eröffnung der ersten Verhandlungskapitel mit der Türkei und der Start der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien. Auch der Fahrplan der Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien steht auf der Agenda. Schließlich geht es um die Erneuerung des Assoziations- und Stabilitätspakts auf dem Balkan, in dessen Rahmen auch der weitere Prozess bis zum Beitritt in die Union abzustecken ist. Die Beitrittsperspektive ist der entscheidende Motor für den Reform- und Friedensprozess in der Region.

Arbeitsprogramm für 2006

Gemeinsam mit Finnland, das die Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2006 übernehmen wird, hat Österreich ein Arbeitsprogramm für 2006 verabschiedet. Ziel ist es,

- Arbeitsplätze und Wachstum in Europa zu schaffen,
- das spezifische europäische Lebensmodell abzusichern und weiterzuentwickeln,
- das Vertrauen der Bürger in das europäische Projekt neu zu festigen sowie
- Europa als verlässlichen Partner in der Welt zu stärken.

COMENIUS macht Schule

100 Mio Euro für bessere Schulbildung

Für mehr Vernetzung der Schulen hat die EU-Kommission 100 Mio. Euro bereitgestellt. Mit dem Geld sollen mehr als fünfzig neue europäische Projekte und Netze unterstützt werden, um Schulpartnerschaften und Lehrerausbildung zu fördern. Den Rahmen für die Initiative bildet COMENIUS, der schul-

bezogene Teil des EU-Bildungsprogramms SOKRATES. 2005 wird man mehr als 750.000 Schüler und 100.000 Lehrer über COMENIUS erreichen.

http://europa.eu.int/comm/education/programmes/socrates/comenius/index_de.html

Bürgernähe in Europa

10 Jahre EU-Bürgerbeauftragter

Seit zehn Jahren gibt es die Einrichtung des Europäischen Bürgerbeauftragten. Die Bilanz fällt positiv aus: Seine Bemühungen haben zu einer offeneren, verantwortlicheren und serviceorientierteren EU-Verwaltung geführt.

Der Bürgerbeauftragte sorgt dafür, dass Vertragsnehmer und Fördergeldempfänger fair sowie Männer und Frauen bei Einstellungsverfahren gleich behandelt werden. Die EU-Institutionen müssen ihre Entschei-

dungen entsprechend begründen. Dieses „Recht auf eine gute Verwaltung“ ist in Artikel 41 der EU-Charta verankert. In 10 Jahren sind 20.000 Beschwerden bearbeitet worden. Dazu der Bürgerbeauftragte, P. Nikiforos Diamandouros: "Im letzten Jahrzehnt ist viel für die Bürger erreicht worden. Aber es bleibt noch viel zu tun, um eine erstklassige EU-Verwaltung zu gewährleisten."

<http://www.euro-ombudsman.eu.int/cv/de/default.htm>

Top-Level-Domäne „eu.“

Ring frei für die europäische Identität im Internet. Am 7. Dezember beginnt die erste Phase der Vorregistrierung der Top-Level-Domäne „eu.“

Wer einen Marken-Namen eingetragen hat oder ein öffentlicher Träger ist, kann bei einer der 74 Registrierstellen in 19 Ländern seinen „Wunschnamen.eu“ reservieren.

Vom 7. Februar an ist das für jedermann möglich. Die Vorregistrierung endet am 7. April 2005. Dann erfolgt die Vergabe nach dem Motto „wer zuerst kommt, mahlt zuerst“. Vorabregistrierungen sind nur gültig, wenn sie bei den zugelassenen Registrierstellen eingereicht werden. Ein Vergleich von Preisen und Konditionen lohnt sich allerdings, wie ein Blick auf deutsche Registrierstellen zeigt.

Den Binnenmarkt nutzen

So sind bei der EPAG Domainservices GmbH in Bonn 89 Euro allein für die Vorregistrierung zuzüglich 40 Euro für ein „Rundumsorglopaket“ und 25 Euro jährlich für die

Pflege der Domain zu entrichten. Dagegen verzichtet die Bremer evanzo e-commerce auf eine Vorregistrierung mit der Begründung, sie bringe angesichts des zu erwartenden Run keinerlei Gewähr, den Namen auch tatsächlich für sich zu sichern. Über Preise und Konditionen traf die Bremer Stelle keine Aussagen. Übrigens empfiehlt es sich, auch bei den Registrierstellen die Vorteile des Binnenmarktes zu nutzen. Schließlich ist man nicht verpflichtet, den Vertrag mit einem deutschen Anbieter abzuschließen.

<http://list.eurid.eu/registrars/SearchAlphabetical.htm?lang=en>

Beim Vergaberecht hart bleiben

Eine Aufweichung der Regeln für öffentliche Ausschreibungen wird es nicht geben. Die EU-Kommission erteilte entsprechenden Forderungen einiger Mitgliedstaaten eine Absage. In einer Mittelung zu öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) betont die EU-Kommission: „Es gibt keine Belege dafür, dass etwa die Qualität von Dienstleistungen besser oder der

Preis niedriger wäre, wenn Städte und Gemeinden Aufträge an eigene Unternehmen mit Privatbeteiligung ohne Ausschreibung vergeben.“ Zudem sei es kaum mit dem EU-Recht vereinbar, wenn PPP bevorzugt würden.

http://europa.eu.int/comm/enterprise/index_de.htm

Entschädigung bei Verspätung – Mehr Rechte für Bahnreisende

Bahnreisende im Fernverkehr haben bei größeren Verspätungen Anspruch auf Entschädigung. Das haben die EU-Verkehrsminister bei ihrem Treffen am 5. Dezember beschlossen. Bei Verspätungen von bis zu zwei Stunden bekommen die Reisenden künftig 25 Prozent des Fahrpreises erstattet. Bei mehr als zwei

Stunden muss die Hälfte zurückgezahlt werden. Die Deutsche Bahn erstattet ihren Kunden im Fernverkehr bereits seit 1. Oktober freiwillig 20 Prozent der Kosten, wenn der Zug mehr als eine Stunde Verspätung hat.

http://europa.eu.int/comm/transport/rail/index_de.html

Vielfalt entdecken – Partnerschaft leben

Europäischer Wettbewerb gerettet

Der Europäische Wettbewerb 2005 ist gesichert. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat seine finanzielle Beteiligung weiter aufgestockt und damit den größten und ältesten Schülerwettbewerb Deutschlands vor dem „Aus“ bewahrt.

„Gerade mit Blick auf die Zuständigkeit der Länder im Bereich Bildung ist dies eine bemerkenswerte Entscheidung“, so Monika Wulf-Mathies, Präsidentin des Netzwerkes Europäische Bewegung Deutschland, einem der Träger des Wettbewerbs. Dieser war gefährdet, nachdem die Ministerpräsidenten (Euro-

paministerkonferenz) beschlossen hatten, die Ländermittel für 2006 zu streichen.

Dank des BMBF kann der 53. Wettbewerb unter dem Motto „Vielfalt entdecken – Partnerschaft leben“ nun doch stattfinden. Auch die Länder haben sich nicht vollständig aus der Finanzierung zurückgezogen. Zudem will sich Ute Erdsiek-Rave, designierte Präsidentin der KMK, dafür einsetzen, dass der Wettbewerb über 2006 hinaus dauerhaft gesichert wird.

<http://www.europaesischer-wettbewerb.de>

Mehrsprachigkeit in Europa

Fremdsprachenkenntnisse bedeuten bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, höhere Konkurrenzfähigkeit von Betrieben und intensivere soziale Kontakte. Besonders wichtig sind zusätzliche Austausch- und Sprachprogramme, so das Fazit der ersten euregionalen Sprachenkonferenz vom 30. November. Im belgischen Seraing trafen sich 150 Fachleute aus Schulen, Verwaltung und Politik, um die Nachbarsprachen

Deutsch, Französisch und Niederländisch innerhalb der Euregio Maas-Rhein zu fördern. Auch Sprachkurse spielen dabei eine zentrale Rolle: Der „Schnupperkurs“ des Europäischen Informations-Zentrums Niedersachsen etwa vermittelt sprachliche Grundkenntnisse sowie Einblicke in die Kultur des jeweiligen Landes.

<http://europa.eu.int/languages/de/home>

"Plan D" live

Margot Wallström besucht Berlin

„Es geht nicht darum, ein Halleluja für die EU anzustimmen, sondern eine gesellschaftliche Debatte zu entfachen“, so eröffnete die Vizepräsidentin der EU-Kommission Margot Wallström die Diskussion mit 40 deutschen Nichtregierungsorganisationen (NGO). Dies war eine der Stationen der Berliner Besuchsreise Margot Wallströms vom 30. November bis zum 1. Dezember. Die EU-Kommissarin ermutigte die neue deutsche Regierung, wieder eine „aktive Rolle in Europa zu spielen“.

Zentrales Thema des Besuchs war „Plan D“ – die Blaupause zur EU-Kommunikation. Das „D“ steht für Demokratie, Dialog und Diskussion. Im Januar 2006 wird dazu auch ein Weißbuch erscheinen. „Europa

kommt zu den Menschen, statt zu warten, bis sie verstehen, was Europa bedeutet“, sagte Monika Wulf-Mathies, Präsidentin des Netzwerkes Europäische Bewegung Deutschland. Dieses hatte das NGO-Forum mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland organisiert. Wallström betonte den zentralen Stellenwert der Zivilgesellschaft: „Europa ist nicht Top-Down von Brüssel aus zu deklarieren.“

Besser erklären und Positionen einholen

Beispiel Dienstleistungsrichtlinie: Von einem Vertreter des deutschen Gewerkschaftsbundes darauf angesprochen, räumte Wallström ein, der Dialog sei „nicht ausreichend

vorbereitet“ gewesen. Es gab in der Folge falsche Interpretationen der Beweggründe für diese Richtlinie und ihrer Folgen. Die Konsequenz: Es gilt, Vorhaben besser zu erklären, Positionen der Interessensgruppen einzuholen und diese zu berücksichtigen. Mit Online-Konsultationen ist es nicht getan, reicht ihr Wirkungsgrad doch selten über Lobby-Gruppen in Brüssel hinaus.

Europa in die nationale Debatte integrieren

Was den Dialog zur EU aus Sicht Wallströms erschwert, ist die Tatsache, dass es noch immer keine eu-

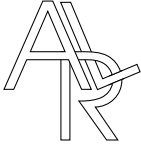
ropäische politische Kultur und Mediendebatte gibt. Europa muss besser in die nationale Diskussion integriert werden. Dazu wird es einen EU-Korrespondenten im Bundestag geben. Die Volksvertretung entsendet umgekehrt eine Verbindungsperson ins Europäische Parlament. Damit Lehrer EU-fit werden, ist mehr für ihre Fortbildung zu tun. Den Aufenthalt im Ausland als Weg, einen Eindruck von der Kultur der Nachbarn zu erhalten, will die EU künftig deutlich stärker unterstützen.

http://europa.eu.int/comm_barro/so/wallstrom/index_de.htm

Kommunikation total in Brüssel

In Deutschland nimmt der „Plan D“ Gestalt an. Durch regelmäßige Tage der Offenen Tür im Europäischen Haus in Berlin sowie in den Bonner und Münchner Regionalvertretungen haben Bürger eine Plattform. Der nächste Termin ist der 14. Dezember in Bonn. Am 27. Januar gibt es in Berlin einen Thementag zur EU-Dienstleistungsrichtlinie. Jeden Mittwoch von 16 bis 18 Uhr können Bürger mit dem Leiter der Vertretung in Berlin, Dr. Gerhard Sabathil, diskutieren. Die Vertretung verstärkt ihr Kommunikationsteam um acht Mitarbeiter. Insgesamt wurden europaweit 50 zusätzliche Stellen geschaffen. Mehr Informationen rund um „Plan D“ gibt es auf den neuen Internet-Seiten der Kommissionsvertretung unter:

http://www.eu-kommission.de/html/presse/europa_buergernah.asp



Literaturtipps

Strategien des Handwerks – Sieben Porträts außergewöhnlicher Projekte in Europa

– Neue Kooperationsmodelle für das Handwerk der Zukunft; Beispiele, Tipps, Informationen und Kontaktdaten –

Landschaft des Wissens, Band 1, Haupt Verlag AG Bern; 368 S., hart gebunden, 151 Schwarz-Weiß-Fotografien; 29 Euro; ISBN 3-258-06924-7

Europa in der Krise

– Für eine Neubegründung der europäischen Idee

Autor: Günter Verheugen, Verlag Kiepenheuer & Witsch, 18,90 Euro

Aus Sicht Verheugens ist die EU für den Friedenserhalt auf dem Kontinent unerlässlich, und sie handelt erfolgreich: Eine Sinnkrise gibt es nicht – aber auch keine Begeisterung für den „faszinierenden Großversuch“ der Einigung, so seine nüchterne Bestandsaufnahme. An Kommunikationsdefiziten liegt es nicht, eher an einem Mangel geschuldeter Erfolge für mehr Jobs und Sicherheit.

Günter Verheugen nimmt sich die wichtigsten Politikfelder vor, führt in verständlicher Sprache in Entscheidungsprozesse und Verhandlungspositionen ein, macht Europa

Für jeden Handwerker, gleich welcher Branche, für Politiker, Regionalentwickler oder alle Personen, die an Kooperationsmodellen für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums interessiert sind. Konzepte aus Dänemark, Deutschland, Finnland, Italien und Österreich.

ein Stück transparenter. Seine Hoffnung: Dass sich ein starkes Kraftzentrum Deutschland – Frankreich – Polen herausbilde, um die schwierigen Aufgaben des 21. Jahrhunderts zu meistern.

In der Analyse verschränkt er das programmatische und von ihm mitgestaltete Europa zu einem Mosaik, bindet Autobiographisches mit ein und ist in der Präsentation des „Projekts Europa“ auf aktuellstem Stand. Eine seiner Schlussfolgerungen mag vor weiteren Enttäuschungen bewahren: Europa wird ohne Kompromisse nicht auskommen. Ein Beispiel ist die Kommissionsentscheidung zur „Übergangsregelung Freizügigkeit“, die interessante Details zum Verhalten der Akteure liefert.

Kulturlandschaft Eider-Treene-Sorge

Hrsg. Amt Stapelholm und Schleswig-Holsteinischer Heimatbund, Autoren: Martin Becker, Gert Köster. 183 S., gebunden, 16 Euro, Wachholtz-Verlag Neumünster, ISBN 3-529-02518-6

Landschaften prägen Menschen, doch Menschen prägen auch die Landschaften.

Ein typisches Beispiel dafür ist das Niederungsgebiet um Eider, Treene und Sorge. Hier zu leben, hier Land-

wirtschaft zu betreiben war über Jahrhunderte mit großen Erschwernissen und Entbehrungen verbunden. Erst der Bau von Deichen, Schöpf- und Sperrwerken, erst umfangreiche Kultivierungs- und Entwässerungsmaßnahmen haben den Menschen, die sich dort niedergelassen hatten, das Leben erleichtert und diese Region zu dem gemacht, was sie heute ist: eine bei Einheimischen und Gästen beliebte Kulturlandschaft.

Kulturlandschaft Nord-Ostsee-Kanal

Hrsg.: Stadt Rendsburg und Schleswig-Holsteinischer Heimatbund, Autoren: Martin Becker, Gert Köster. 2. Auflage, 167 Seiten, gebunden, 16 Euro, Wachholtz-Verlag Neumünster, ISBN 3-529-02527-5

Der Nord-Ostsee-Kanal, die meist befahrene künstliche Wasserstraße der Welt, hat den Namen Schleswig-Holsteins in alle Welt hinausgetragen. Der Bau dieses Schifffahrtsweges hat aber zugleich mit seinen Einschnitten in die natürlichen Gegebenheiten, mit seinen technischen Anlagen und Einrichtungen zu so nachhaltigen Veränderungen und

weitreichenden Folgemaßnahmen geführt, dass von einer neuen und eigenständigen Kulturlandschaft in seinem Umfeld gesprochen werden kann. Und abgesehen von seiner großen wirtschaftlichen Bedeutung, ist der Nord-Ostsee-Kanal zu einer touristischen Attraktion ersten Ranges geworden.

Darüber und über die Auswirkungen des Baues durch die „Zerschneidung“ des Landes zwischen den Meeren informiert der neue, anspruchsvoll gestaltete Text- und Bildband. Besonders aufschlussreich ist die ausführliche Beschreibung der am Kanal liegenden Orte.

Planungshoheit und Flächensparen – „Widerspruch oder Symbiose“

Bayerische Akademie Ländlicher Raum e.V., Postfach 40 11 05, 80711 München, Tel.: 089/1213-1357, Heft 41, 8,00 EURO, 76 Seiten

Diese Broschüre enthält Beiträge

namhafter Referenten zur gleichnamigen Frühjahrstagung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Gemeindetag am 27. April 2005 in Pfaffenhofen a.d.Ilm.

Land-Berichte

Halbjahresschrift über ländliche Regionen

Hrsg.: Gerd Vonderach, Bezugsadresse: Shaker Verlag GmbH, Postfach 101818, 52018 Aachen, Fax-Nr. 02407/9596-9, 12,00 Euro

Ländliche Räume in modernen Gesellschaften unterliegen in der Gegenwart einem weitgreifenden Wandel ihrer Erwerbs- und Sozialstruktur, ihrer Kultur und zugleich ihrer dörflichen und landschaftlichen Gestalt. Diese Entwicklung hat keine erkennbaren Endpunkte; sie birgt Risiken und Unsicherheiten, schafft aber auch neue Handlungsspielräume. Die Halbjahresschrift „Land-Berichte“ gibt die Möglichkeit, Entwicklungen ländlicher Regionen

und Perspektiven für ihre Bewohner in vielfältiger Hinsicht darzustellen und zu diskutieren.

Inhalt Nr. 15:

- Soziale Netzwerke im ländlichen Lettland
- Die deutsche Landwirtschaft
- Volkskundlich-kulturwiss. Arbeit im Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde

Regionale Lebenswelten in ländlichen Museen

- Allgäuer Bergbauernmuseum
- Emsland Moormuseum
- Stadtmuseum Damme

Berichte, Besprechungen

Die LSE Schleswig-Holsteins – Wirkungsanalyse eines Instruments der Entwicklungsförderung ländlicher Räume

Ergebnisse des Forschungsprojektes im Auftrag der Akademie für die Ländlichen Räume.

Akademie für die Ländlichen Räu-

me Schleswig-Holsteins e.V., „extra“/Ausgabe 6/Juni 2004, zu bestellen in der Geschäftsstelle, Preis: 8 Euro inkl. Versandkosten (für Mitglieder kostenlos).

Zukunft gestalten: Jugend als Partner – Gemeindepolitik mit Kindern und Jugendlichen

Dokumentation der gleichnamigen Regionalkonferenzen in Heide und Bad Segeberg im Herbst 2003.

Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V., „extra“/Ausgabe 5/April 2004, zu bestellen in der Geschäftsstelle, kostenlos.

Die Referate und Statements von Landrat Dr. Jörn Klimant, Staatsse-

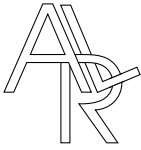
ekretärin Mathilde Diederich, Klaus-Dieter Dehn und Dr. Heide-Rose Brückner werden durch fünf unterschiedliche Praxisbeispiele anschaulich gemacht. Sie zeigen, wie der § 47f der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein in Gemeinden und Städten, auf Amtsebene und in einer LEADER-Region umgesetzt werden kann.

Naturschutz und Landwirtschaft – neue Überlegungen und Konzepte

Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. 2002, zu bestellen in der Geschäftsstelle, Preis: 8 Euro inkl. Versandkosten.

Tagungsband der gleichnamigen

wissenschaftlichen Tagung vom 14. – 16. März 2001 mit 15 Vorträgen der aus dem gesamten Bundesgebiet und der Schweiz stammenden Referenten.



Texte

„Neue kommunale Verwaltungsstrukturen für Schleswig-Holstein“

Gastvortrag des Präsidenten des Landesrechnungshofs, Dr. Aloys Altmann, am 24. November 2005 anlässlich der Mitgliederversammlung der Akademie für ländliche Räume.

Sehr geehrte Damen und Herren,
zunächst möchte ich mich recht herzlich für die freundliche Begrüßung und die Einladung zu Ihrer Mitgliederversammlung bedanken. Gern bin ich der Bitte von Herrn v. Plüskow nachgekommen, zum Thema „Neue kommunale Verwaltungsstrukturen für Schleswig-Holstein“ zu Ihnen zu sprechen. Als Mitglied und ehemaliger StS im MLR bin ich der Akademie für die ländlichen Räume besonders verbunden.

Das heutige Thema werde ich in zwei fachlich unterschiedliche Bausteine gliedern:

Zum einen geht es um die neuen Verwaltungsstrukturen im kreisangehörigen Bereich,

zum anderen gehe ich auch auf die beabsichtigte Bildung der Kommunalen Verwaltungsregionen ein.

Zunächst zum ersten Punkt, den Verwaltungsstrukturen im kreisangehörigen Bereich.

„Heilsame Unruhe in der kommunalen Landschaft“, so möchte ich die



Landesrechnungshofpräsident Dr. Aloys Altmann bei seinem Gastvortrag anlässlich der Mitgliederversammlung der ALR 2005 in Rendsburg.

derzeitige Situation in Schleswig-Holstein umschreiben. Kein Tag vergeht, an dem nicht in der Presse über Diskussionen, Überlegungen und Gespräche in unseren kommunalen Körperschaften zur Änderung der Verwaltungsstrukturen berichtet wird. Und ich sage: Das ist gut so! Denn Schleswig-Holstein braucht eine tief greifende Veränderung der Verwaltungsstrukturen auch im kommunalen Bereich; das weit verbreitete Kirchturmdenken muss aufhören. Dies liegt nach meiner festen Überzeugung auch im ureigensten Interesse der Kommunen selbst.

Wie Sie alle wissen, hat der LRH maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen. Wir haben im Jahr 2003 eine umfassende Bestandsaufnahme und Bewertung zu diesem Thema durchgeführt und dazu im November 2003 einen Sonderbericht veröffentlicht. Die Feststellungen des LRH haben zu einer breiten landes- und kommunalpolitischen Diskussion zur Größenordnung leistungsfähiger Kommunalverwaltungen und zur Notwendigkeit verstärkter innerkommunaler Zusammenarbeit geführt, die weiter andauert. Ich darf an dieser Stelle noch einmal die wesentlichen Erkenntnisse und Forderungen des LRH aus dem Sonderbericht ansprechen:

1. Alle Ämter, amtsfreien Städte und Gemeinden haben ihre Anstrengungen im Hinblick auf Verwaltungszusammenschlüsse deutlich

zu verstärken, um die Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Verwaltungen zu steigern.

2. Die anzustrebende Optimalgröße der Verwaltungseinheiten sollte auf 9.000 Einwohner und größer festgesetzt werden.
3. Das Mindesteinsparpotenzial bei der Zusammenlegung von zwei kleineren Verwaltungen liegt bei durchschnittlich 4 Planstellen. Da es sich hierbei vornehmlich um Führungspositionen handelt, ist damit längerfristig eine Einsparung von mindestens 200.000 € pro Jahr verbunden.
4. Angesichts der Tatsache, dass sich in den letzten 30 Jahren auf freiwilliger Basis keine grundlegenden Änderungen ergeben haben, ist allerdings nicht zu erwarten, dass von alleine ein flächendeckender Umdenkungsprozess stattfindet.
5. Deshalb wird es unumgänglich sein, auf Basis neuer Leitlinien der Landesregierung, verbunden mit finanziellen Anreizmodellen und nach einer befristeten Freiwilligkeitsphase auch gesetzgeberische Maßnahmen einzuleiten.

Wir haben aber auch gesagt: Die Kommunen haben es mit einer starken Eigeninitiative in Richtung umfassender Verwaltungskooperationen selbst in der Hand, den Inhalt, die Ausrichtung und den Umfang

etwaiger gesetzgeberischer Maßnahmen maßgeblich mitzugestalten. Als positives Beispiel hierzu verweise ich auf das Vorhaben der amtsfreien Gemeinden Heikendorf, Mönkeberg und Schönkirchen, die schon frühzeitig beschlossen haben, sich zu einem neuen Amt mit knapp 19.000 Einwohnern auf dem Kieler Ostufer zusammenzuschließen.

Die Anregungen und Forderungen des LRH sind nicht ungehört verhallt. Hintergrund sind zum einen die ständig steigenden Finanzprobleme unserer Kommunen, zum anderen die nachhaltigen Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft, z. B. aus Anlass des demografischen Wandels, der Globalisierung und der rasanten Entwicklung auf dem Gebiet moderner Informations- und Kommunikationstechniken.

Die neue Landesregierung hat auf Basis unserer Vorschläge verschiedene Maßnahmen ergriffen, um den Prozess zu größeren kommunalen Verwaltungsstrukturen verstärkt in Gang zu setzen; hier sind insbesondere zu nennen:

- Start einer umfassenden Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik in der Landesverwaltung u. a. mit dem Ziel, Vollzugsaufgaben möglichst auf die kommunale Ebene zu übertragen.
- Leitlinien zur künftigen kommunalen Struktur; jede Verwaltungseinheit der Ämter und amtsfreien

Gemeinden soll mindestens 8.000 bis 9.000 Einwohner betreuen.

- Finanzielle Anreize bei der Zusammenlegung; für jede wegfallende Verwaltung werden 250.000 € gewährt.
- Ankündigung einer gesetzlichen Regelung zur Neuordnung der kommunalen Verwaltungsstrukturen im kreisangehörigen Bereich zum 01. April 2007.

Diese Maßnahmen werden seitens des LRH ausdrücklich begrüßt. Sie haben zu der eingangs schon erwähnten „heilsamen Unruhe in der kommunalen Landschaft“ beigetragen und zu ersten erfreulichen Ergebnissen geführt, von denen ich nur einige nennen möchte:

- Zusammenschluss der früheren Ämter Neustadt-Land und Schönwalde zum neuen Amt Ostholstein-Mitte zum 01.01.2005.
- Führung der Verwaltungsgeschäfte der Stadt Wilster durch das Amt Wilstermarsch ab 01.07.2005.
- Führung der Verwaltungsgeschäfte des Amtes Wiedingharde durch die Stadt Niebüll ab 01.10.2005.
- Zusammenlegung der früheren Ämter Segeberg-Land und Wensin zum neuen Amt Trave-Land zum 01.01.2006.

Über diese konkreten Ergebnisse hinaus sind zahlreiche Verhandlungen und Erfolg versprechende

Gespräche über Verwaltungszusammenschlüsse oder Verwaltungsgemeinschaften in allen Teilen des Landes in Gange gekommen und das stimmt uns zuversichtlich.

Wir können aber auch nicht darüber hinweg sehen, dass es immer noch Widerstände in allen Landesteilen gegen die notwendigen Strukturreformen im kreisangehörigen Bereich gibt. Da gibt es die berühmten „galischen Dörfer“, die sich vehement gegen eine Zusammenlegung ihrer kleinteiligen Verwaltungen sträuben oder Sonderregelungen für sich fordern, obwohl sie, wie in einem gerade aktuellen Fall, nur rd. 3.500 Einwohner hauptamtlich verwalten. Dabei werden die Akteure nicht müde, altbekannte Argumente ins zu Feld führen, die wir bereits im Rahmen unseres Sonderberichts nachhaltig entkräftet haben. Die Palette an Vorbehalten ist umfangreich, ich will an dieser Stelle nur die wichtigsten nennen:

- **Vorstufe zu einer Gebietsreform.** Dieses Argument wird auch durch die ständigen Wiederholungen nicht besser. Sowohl die vorherige als auch die neue Landesregierung haben immer wieder betont, dass sie die Vielfalt unserer Städte, Gemeinden und Dörfer nicht antasten werden. Für eine Zusammenlegung der hauptamtlichen Verwaltungen bedarf es überhaupt keiner Gebietsreform.

- **Verlust des Ehrenamtes.** Dem ist entgegenzuhalten, dass mit dem Erhalt der gemeindlichen Eigenständigkeit auch das ehrenamtliche Element erhalten bleibt. Die Gemeindevertretungen und ihre Ausschüsse bleiben unberührt und nehmen weiterhin ihre Selbstverwaltungsaufgaben wahr. Letztlich wird das Ehrenamt sogar gestärkt. Denn die Einsparungen durch eine Verwaltungsreform können wieder dem politischen Gestaltungsspielraum zugute kommen, falls sie nicht zunächst zur Haushaltskonsolidierung benötigt werden. Allerdings müssen diese möglichen - Einsparungen auch kommunalpolitisch durchgesetzt werden.
- **Verlust von Ortsnähe.** Dazu ist festzustellen, dass es gerade im kleinteiligen Bereich Ämter und amtsfreie Gemeinden gibt, deren Verwaltungen zum Teil räumlich so nahe beieinander liegen, dass sich der Weg für den Bürger – wenn überhaupt – nur unwesentlich verlängern würde. Die Motorisierung der Bevölkerung und der Umstand, dass der Nachbarort wegen der Einkaufsmöglichkeiten ohnehin regelmäßig aufgesucht wird, sprechen sogar dafür, eine von zwei Verwaltungen komplett zu schließen. Im Bedarfsfall wird es ausreichen, z. B. stundenweise ein Bürgerbüro einzurichten.

Und für die sog. „Kragenverwaltungen“, also Orten mit einer Amtsverwaltung und einer Stadt- oder Gemeindeverwaltung, trifft das Argument des Verlustes der Ortsnähe überhaupt nicht zu. Die Bürgerinnen und Bürger aus den amtsangehörigen Gemeinden müssen zur Erledigung von Verwaltungsgeschäften ihre Amtsverwaltung im zentralen Ort auch jetzt schon aufsuchen.

- **Übernahme der Schulden eines anderen.** Dem ist entgegenzuhalten, dass die Gemeinden nach Art. 47 der Landesverfassung ihre Haushaltswirtschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung führen (Finanzhoheit der Kommunen). Etwas anderes würde sich nur bei einer freiwilligen politischen Fusion von Kommunen ergeben, Beispiel Fehmarn. Im Übrigen bleibt es den kommunalen Körperschaften im Rahmen der Vertragsfreiheit unbenommen, auch finanzwirtschaftliche Fragen im öffentlich-rechtlichen Vertrag über den Verwaltungszusammenschluss einvernehmlich zu regeln. So kann und sollte beispielsweise im Falle der Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft klar geregelt werden, dass nicht der ländliche Raum die naturgemäß höheren Verwaltungsausgaben der zentralen Orte und Städte mit trägt.

- **Personalentlassungen.** Gerade die jüngsten Erfahrungen vollzogener Verwaltungszusammenschlüsse zeigen, dass im Rahmen der normalen Personalfluktuations bereits kurzfristig Planstellen eingespart werden, ohne Kündigungen aussprechen zu müssen. Bei einer Zusammenlegung von Verwaltungen ist daher lediglich in einer Übergangszeit von einem möglichen Personalüberhang auszugehen. Da sich in der Anfangsphase des Zusammenwachsens auch zusätzlicher Arbeitsaufwand ergeben kann, wird dies hinzunehmen sein.

Auch wenn ich mir mit dieser Feststellung keine Freunde mache: Der LRH kann sich aufgrund seiner Erkenntnisse aus zahlreichen Prüfungsgesprächen und Diskussionen zu dieser Thematik des Eindrucks nicht erwehren, dass dies „vorgesobene“ Argumente sind und persönliche Befindlichkeiten und Eigeninteressen im hauptamtlichen ebenso wie im ehrenamtlichen Bereich häufig die eigentliche Triebfeder sind. Mangelnde Information über Möglichkeiten und Auswirkungen von Verwaltungszusammenschlüssen, die noch in den Jahren 2003 und 2004 zu den genannten Vorbehalten geführt haben mag, kann heute nicht mehr als Entschuldigung herhalten. Sowohl die Landesregierung mit ihren regelmäßigen Informationen

als auch der LRH mit seinen Veröffentlichungen haben den notwendigen Reformprozess mit all seinen Facetten umfassend erläutert.

Ich möchte noch auf zwei weitere Punkte eingehen, die im Zusammenhang mit Verwaltungszusammenschlüssen im kreisangehörigen Bereich von besonderer Bedeutung sind:

- Die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen und
- die Steigerung der Leistungsfähigkeit und Bürgerfreundlichkeit.

Das Mindesteinsparpotenzial bei der Zusammenlegung von zwei kleineren Verwaltungen haben wir mit durchschnittlich 4 Planstellen beziffert. Da es sich hierbei vornehmlich um Führungspositionen handelt, ist damit nach unserer Auffassung längerfristig eine Einsparung von rd. 200.000 € pro Jahr verbunden. Diese Zahlen des LRH werden häufig in Zweifel gezogen und es wird von nicht belegbaren Annahmen gesprochen. Ich betone daher noch einmal ausdrücklich: Diese Aussagen sind nicht das Ergebnis fiktiver Berechnungen, sondern sie beruhen auf konkreten Untersuchungen und „Vorher-Nachher-Vergleichen“ tatsächlich existierender Fälle in Schleswig-Holstein. Und ich gehe noch einen Schritt weiter. Unsere Feststellungen beziehen sich zunächst einmal nur auf die perso-

nellen Auswirkungen in den Kernverwaltungen. Nicht enthalten sind weitere Einsparungen und positive Nebeneffekte, die sich bei den Sachkosten, insbesondere aber im Bereich der verschiedenen Einrichtungen durch einen Zusammenschluss ergeben werden; beispielhaft nenne ich hier Bauhöfe, Büchereien, Archive usw.

Die insgesamt freigesetzten Mittel durch einen Verwaltungszusammenschluss müssen individuell sinnvoll eingesetzt werden, sei es zum Schuldenabbau, sei es zur Investition in Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Der zweite Punkt, die Leistungsfähigkeit und Bürgerfreundlichkeit, wird häufig von den finanziellen Diskussionen überlagert und findet dadurch zu wenig Beachtung. Eine leistungsfähige und bürgerfreundliche Verwaltung zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass dem Bürger ein optimales Angebot in fachlicher und zeitlicher Hinsicht zur Verfügung steht. Dies ist in sehr kleinen Verwaltungen mit dem „Grundaufwand“ an Personal aber kaum zu leisten. So gibt es in sehr kleinen Verwaltungseinheiten für bestimmte Aufgabengebiete, wie z. B. das Einwohnermeldewesen, nur einen Beschäftigten, was zu Einschränkungen der Öffnungszeiten bei Abwesenheit durch Urlaub oder Krankheit führt. Auch die Spezialisierung in immer komplexer werdende

Rechtsgebiete ist schwierig, da ein Beschäftigter häufig arbeitsanteilig für mehrere Aufgabengebiete eingesetzt werden muss. Diese Beispiele und konkrete Erfahrungen aus der kommunalen Praxis machen deutlich, dass durch einen Verwaltungszusammenschluss kleinerer Verwaltungen die Leistungsfähigkeit und Bürgerfreundlichkeit erheblich gesteigert werden kann.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit betonen: Wir sind weit davon entfernt, die Leistungsbereitschaft und die Bürgerfreundlichkeit der kleinen Verwaltungen zu diskreditieren. Wir folgen auch nicht blind der These „je größer desto besser“. Vielmehr sind wir der begründeten, durch Prüfungserfahrungen erhärteten Auffassung, dass bei jeder Zusammenlegung dieser kleinen Verwaltungen

- bei gleichem Output Einsparungen in der genannten Größenordnung möglich sind oder
- die Leistungen entsprechend besser oder umfangreicher sind.

Die so entstehende Steigerung der Wirtschaftlichkeit rechtfertigt aus der Sicht des LRH schon für sich genommen die Forderung nach einer größeren hauptamtlichen Verwaltungsstruktur. Zwar ist bedauerlich, dass die Landesregierung hinsichtlich der Aufgabenkritik und der damit verbundenen Funktionalreform noch nicht hinreichend konkret ge-

worden ist. Hier wäre sicherlich eine frühere klare Aussage für den Prozess förderlicher. Aber dies rechtfertigt u. E. nicht das Anhalten des Verwaltungsstrukturreformprozesses im kreisangehörigen Bereich. - Schließlich möchte ich noch darauf hinweisen, dass die Problematik der Kleinheit der hauptamtlichen Verwaltungen sich nach unserer umfassenden Untersuchung in 2003 dadurch weiter verstärkt hat, dass infolge der Hartz IV-Regelungen nunmehr im Sozialbereich ein wesentlicher Aufgabenblock weggefallen ist.

Am Ende meines ersten Teilthemas möchte ich auch zur Ankündigung der Landesregierung hinsichtlich einer gesetzlichen Regelung zur Neuordnung der kommunalen Verwaltungsstrukturen im kreisangehörigen Bereich zum 01. April 2007 klar Stellung beziehen. Diese gesetzliche Regelung wird von den Gegnern als „Zwangsmittel“ bezeichnet und abgelehnt. Der LRH begrüßt diese Ankündigung hingegen ausdrücklich, auch wir haben dies eingefordert. Mehr als 30 Jahre Freiwilligkeit seit den Leitlinien der Landesregierung aus dem Jahr 1973 haben die kommunale Verwaltungsstruktur weitgehend unverändert gelassen, die freiwilligen Verwaltungszusammenschlüsse lassen sich an einer Hand abzählen. Erst durch unseren Sonderbericht und die daraus entstandene politische Diskussion

ist Bewegung in die kommunale Landschaft gekommen und es hat bereits in einem Jahr mehr freiwillige Verwaltungszusammenschlüsse gegeben als in den 30 Jahren zuvor. Der LRH sieht in dem vor uns liegenden Zeitfenster bis Ende 2006 eine gute Chance für die Kommunen im Lande, selbst zu bestimmen, in welcher Form und mit welchen Partnern die Reform betrieben wird. Wir würden es ausdrücklich begrüßen, wenn am Ende eines flächendeckenden Veränderungsprozesses der Gesetzgeber überhaupt nicht mehr tätig werden müsste. Gern würden wir in diesem Punkt widerlegt, aber unsere These steht: Ohne diese Option wird der Prozess nicht die erforderliche Wirkung entfalten. Wir hoffen daher, dass die Landesregierung trotz aller Widerstände standhaft bleibt und nicht von ihrem Vorhaben abrückt, die bis Ende 2006 offen gebliebenen Fälle dann durch Gesetz zu regeln.

Schließlich noch folgende Abschlussbemerkung:

Dieses Thema wird teilweise sehr emotional diskutiert. Ich möchte gerade vor unserer Akademie, die sich dem ländlichen Raum besonders verpflichtet fühlt, daran erinnern, dass diese Reform sich nur auf die hauptamtlichen Verwaltungsstrukturen auswirkt. Sie geht von der Leistungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der Schleswig-Holsteinischen Amtsverfassung aus. Das Amt ist ei-

ne Verwaltungsgemeinschaft, die für mehrere kommunale Körperschaften als Dienstleister tätig ist. Diese Form der Aufgabenerledigung hat sich bewährt. Es kann dann doch wirklich nicht als völlig undenkbar eingestuft werden, dass sich die betroffenen Gemeinden hinsichtlich ihres Dienstleisters neu orientieren sollen oder sich als bisherige amtsfreie Gemeinde in ein Amt begeben. Ich hätte für die Debatte und manche Gegenreaktion mehr Verständnis, wenn es um eine völlig andere Gebietsstruktur der Gemeinden ginge. Ich stelle gerade uns als Akademie die Frage, ob nicht diese Reform der kommunalen Verwaltung einen starken ländlichen Raum langfristig absichern hilft. Ich meine ja!

Nun möchte ich auf das zweite Thema zu sprechen kommen, die neuen **„Kommunalen Verwaltungsregionen“**, die von der Landesregierung in den Leitlinien vom 28. Juni 2005 zunächst noch unter dem Begriff „Dienstleistungszentren“ in die Diskussion eingebracht worden sind.

Ausgangspunkt hierfür ist im Grunde die Funktionalreform als ein wesentlicher Teilbereich der Verwaltungsreform. Damit sind wir bei einem Thema, das in periodischen Schüben und in immer wieder neuen Anläufen intensiv diskutiert worden ist, allerdings über viele Jahrzehnte ohne durchschlagenden Erfolg. Es wäre müßig, jetzt nach den jeweils

Schuldigen zu forschen, das führt nicht weiter. Funktionalreform kann nur als gemeinschaftlich zu erledigende Aufgabe zwischen Land und Kommunen angepackt und zum Erfolg geführt werden. Der LRH hat in diesem Zusammenhang immer wieder auf eine konsequente Umsetzung des schon in der Vergangenheit geltenden Organisationsgrundsatzes gemäß § 26 Abs. 2 Landesverwaltungsgesetz gedrungen. Dort ist der Vorrang der kommunalen Verwaltung normiert, was nichts anderes bedeutet, als dass Vollzugsaufgaben möglichst durch die kommunale Ebene und nicht durch Landesbehörden zu erledigen sind.

Die neue Landesregierung hat nun durch eine umfassende Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik den Prozess neu in Gang gesetzt. Nach Abschluss der Aufgabenkritik, die unter Federführung des Finanzministeriums betrieben wird, soll entschieden werden, welche Aufgaben beim Land verbleiben und welche Aufgaben

- der Staatlichen Umweltämter,
- der Ämter für ländliche Räume,
- der Katasterämter,
- des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitssicherheit sowie
- der Vollzugsaufgaben des Landesamtes für Natur und Umwelt auf die Kommunen übertragen werden. Fest steht schon jetzt: Der Küstenschutz und die Auszahlung und Kontrolle der land-

wirtschaftlichen Prämien bleiben in der Hand des Landes. Die Kommunen sollen die ihnen übertragenen Aufgaben weitestgehend als pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben erledigen, das heißt weitgehend unabhängig von staatlichen Vorgaben in eigener Verantwortung.

Außerdem sollen die Kreise und kreisfreien Städte die Aufgaben auf die Kommunalen Verwaltungsregionen übertragen, die im sachlichen Zusammenhang mit den übertragenen staatlichen Aufgaben stehen. Die gebündelt wahrzunehmenden Aufgaben müssen dabei einen Umfang erreichen, der eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung „in einer Hand“ mit entsprechenden Synergieeffekten gewährleistet.

In diesem Zusammenhang hat der Innenminister deutlich gemacht, dass es unwirtschaftlich wäre, Landesaufgaben, die bisher an 3 bis 5 Standorten im Land erledigt würden, künftig auf 15 kommunale Verwaltungen (11 Kreise und 4 kreisfreie Städte) zu verlagern und damit - wie er es nannte - zu „atomisieren“. Diese Aufgaben müssten daher sinnvollerweise in 4 bis 5 „Kommunalen Verwaltungsregionen“ gebündelt werden.

Mit dem gesetzten Zeitrahmen für den Abschluss der Aufgabenkritik bis Ende dieses Jahres hat sich die Landesregierung ein ehrgeiziges

Ziel gesteckt. Die konkrete inhaltliche Festlegung soll anschließend mit einem Gesetz zur Errichtung der Kommunalen Verwaltungsregionen vorgenommen werden, das unter anderem die dort wahrzunehmenden Aufgaben, den Zuständigkeitsbereich, den Sitz, die Rechtsform und die Aufsicht einheitlich regeln wird. Vorschläge zur Ausgestaltung der Kommunalen Verwaltungsregionen nimmt das Innenministerium bis Ende 2005 entgegen; hier ist die kommunale Seite angesprochen und gefordert. Aber auch die Landesregierung ist selbstverständlich verpflichtet, fachliche Vorstellungen zu entwickeln, wie die bisherigen Landesaufgaben erledigt werden sollen.

Seit der Festlegung auf 4 bis 5 Kommunale Verwaltungsregionen in den neuen Leitlinien vom Juni 2005 sind die Diskussionen um diese neuen Verwaltungseinheiten nicht verstummt. Während die Landesregierung klarstellt, dass damit keine neuen Zwischenbehörden mit neuen Verwaltungsgebäuden aus dem Boden gestampft würden, äußern Kommunalpolitiker aus allen Regionen des Landes immer wieder Befürchtungen, dies sei der Einstieg in die Bildung von Großkreisen. Es gibt aber auch Kommunen, wie z. B. die Landeshauptstadt Kiel, die sich bereits als Aufgabenträger und Sitz einer Kommunalen Verwaltungsregion ins Gespräch bringen und schon

mit fertigen Konzepten aufwarten.

Und wie immer bei strittigen oder unklaren „Gefechtslagen“ kommt der LRH ins Spiel und soll seine fachliche Meinung kundtun. Das erwarten Sie jetzt sicher auch von mir. Ich will mich dem auch nicht entziehen; auch wenn der Reformprozess in diesem Punkt noch keine abschließend klaren Strukturen erkennen lässt.

Für uns als Finanzkontrolle des Landes Schleswig-Holstein steht bei jeder Bewertung von Projekten, Reformprozessen und Verwaltungsvorgängen - neben der Rechtmäßigkeit - an oberster Stelle der Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit. Wir werden also die weiteren Diskussionen, die anstehenden Entscheidungen über die Aufgabenverlagerungen sowie die Errichtung der Kommunalen Verwaltungsregionen aufmerksam begleiten und bewerten. Und wir behalten uns selbstverständlich vor, die neuen Kommunalen Verwaltungsregionen zu gegebener Zeit zu prüfen.

Derzeit sind aus unserer Sicht insbesondere Antworten auf folgende Fragen von besonderer Bedeutung:

- Entsteht durch die Kommunalen Verwaltungsregionen eine zusätzliche Verwaltungsebene zwischen Land und Kommunen?
- Werden die bisherigen staatlichen Ämter aufgelöst?

- Wie sieht die personelle und sachliche Ausstattung der Kommunalen Verwaltungsregionen aus?
- Verringern sich in etwa gleichem Umfang die Personal- und Sachkosten bei den Kreisen, kreisfreien Städten und insbesondere beim Land?
- Welche Einsparungen werden durch die Reform letztlich erzielt?

An dieser Stelle möchte ich auch einen Vorschlag aus unserem Kommunalbericht 2003 zur kooperativen Aufgabenerledigung in Erinnerung rufen. Der LRH hatte seinerzeit angeregt, komplexe, fachlich schwierige oder regional übergreifende Aufgaben der Kreise und kreisfreien Städte kooperativ durch Einzelne wahrnehmen zu lassen, ohne neue Verwaltungsbehörden zu schaffen.

Plausible Antworten auf all diese Fragen werden unsere Bewertung zu diesem zweiten Teil des Reformprozesses bestimmen. Dabei wird noch ein weiterer Aspekt aus dem ersten Teil der Reform in die Betrachtungen einzubeziehen sein. Mit der Stärkung der Leistungsfähigkeit der Verwaltungsstrukturen im kreisangehörigen Bereich ist auch verbunden, dass bestimmte Kreisaufgaben zukünftig von größeren Verwaltungseinheiten im kreisangehörigen Bereich erledigt werden können und sollen. Dafür kommen insbesondere Aufgaben der Bau- und Verkehrs-

aufsicht in Betracht. Es stellt sich also durchaus die Frage, welche Aufgaben

- nach der Verlagerung von Aufgaben auf die neuen Kommunalen Verwaltungsregionen und
- nach der Übertragung von Aufgaben auf größere leistungsstarke kreisangehörige Verwaltungseinheiten

bei den Kreisen noch verbleiben und ob diese reduzierte Aufgabenpalette den Fortbestand von 11 eigenständigen Kreisverwaltungen rechtfertigt.

Die weitere Entwicklung in den Kreisen darf also nicht aus den Augen verloren werden. Sollte sich dabei tatsächlich eine sehr ausgedünnte Aufgabensituation herausstellen, muss aus Sicht des LRH auch die Frage einer Kreisgebietsreform „auf den Tisch“ und unvoreingenommen diskutiert werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang eine Einschätzung des früheren schleswig-holsteinischen Innenministers Dr. Schlegelberger im Rahmen der Landtagsdebatte zur Gebietsneuordnung der Kreise und kreisfreien Städte im Jahr 1969, also vor über 35 Jahren, in Erinnerung rufen:

„ ...die Schaffung von 5 Kreisen ist vielleicht eine Lösung, die zu einer Zeit, in der wir nicht mehr politisch wirksam sein können, als Angebot angesehen werden kann, das kann niemand übersehen.... Wer heute immer betont, das alles müsse auch

für das Jahr 2000 passen, meine Damen und Herren, der hat keine Vorstellung davon, was für Überlegungen im Jahr 2000 möglicherweise angestellt werden.“

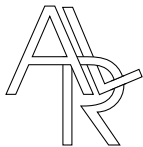
Sie sehen, schon im Jahr 1969 wurde im Landtag anlässlich der Debatte um die Reduzierung von damals 17 auf 11 Kreise durchaus visionär gedacht.

Sehr geehrte Damen und Herren,
Damit komme ich zum Ende meiner Ausführungen. Zusammenfassend möchte ich noch einmal deutlich machen, dass der LRH den gesamten Reformprozess für unverzichtbar hält und ihn nachhaltig unterstützt. Wir sagen aber auch: Wie auch im-

mer die kommunalen Verwaltungsstrukturen am Ende aussehen werden, die finanzielle Situation des Landes und der Kommunen erlauben es nicht, dass aufwändigere Verwaltungsstrukturen das Ergebnis sind. Ganz im Gegenteil: Der Reformprozess muss nachhaltig dazu beitragen, dass die öffentlichen Haushalte wieder ausgeglichen gestaltet werden können.

Und den Gegnern von Veränderungen der bestehenden kommunalen Verwaltungsstrukturen sage ich: „Wer etwas will, sucht Wege. Wer etwas nicht will, findet Gründe.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



Adressenverzeichnis der Veranstalter

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
Kurze Geismarstr.e 33, 37073 Göttingen
Tel.: 05 51/ 49 709-0
Fax: 05 51/ 49 709-16

Akademie für die Ländlichen Räume
Schleswig-Holsteins e.V.
Mühlenberg 10, 24340 Eckernförde
Tel.: 043 51/ 8 66 66
Fax: 043 51/ 75 25 75
E-Mail: info@alr-sh.de
<http://www.alr-sh.de>
**!ab 1.2.2006: Carlstraße 169,
24537 Neumünster!**

Akademie für Natur und Umwelt des
Landes Schleswig-Holstein
Carlstraße 169, 24537 Neumünster
Tel.: 043 21/ 90 71-44
Fax: 043 21/ 9 0 71-32, E-Mail:
anmeldung@umweltakademie-sh.de

Akademie Sankelmark
Europäische Akademie Schl.-Holst.
D-24988 Sankelmark
Tel.: 04630/ 55-0, Fax: 04630/ 628
E-Mail: sankelmark@foni.net

Bremer Impulse / Bauen und Energie
c/o Bremer Energie-Konsens
Tel.: 0421/376671-8
Fax: 0421/376671-9
E-Mail: impulse@energiekonsens.de
<http://www.energiekonsens.de>

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte
Gesellschaft für Politik und Bildung
Schleswig-Holstein e.V.
Schweizer Straße 58
23714 Bad Malente-Gremsmühlen
Tel.: 04523/88097-0
Fax: 04523/88097-28
[http://
www.heinemann-bildungsstaette.de](http://www.heinemann-bildungsstaette.de)

Hermann Ehlers Akademie
Gurlittstraße 3, 24106 Kiel
Tel.: 0431-38 92 23
FAX: 0431-38 92 38

Landeskuratorium
Schleswig-Holstein-Tag
c/o Schleswig-Holstein Heimatbund
Hamburger Landstr. 101
24113 Molfsee
Tel.: 0431/98384-0
Fax: 0431/98384-23
E-Mail: shhb.lv@t-online.de

Stiftung MITARBEIT
Bornheimer Straße 37
53111 Bonn
Tel.: 02 28/6 04 24-0
Fax 02 28/ 6 04 24-22
E-Mail: info@mitarbeit.de
<http://www.mitarbeit.de>

